

**Niederschrift über die Sitzung des  
Kreistags am 21. Juli 2014**  
im Walter-Baumgärtner-Saal des Bürgerhauses Backnang

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

79 Kreisrätinnen und Kreisräte: Hesky (bis 16:45 Uhr), Sturm (ab 14:05 Uhr)

Entschuldigt: Dannenmann, Höschele, Geiger, Kern, König,  
Oswald, Möhlmann, Pauli

Ferner: Erster Landesbeamter Friedrich  
Kreiskämmerer Geißler  
Dezernentin Hülle  
Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin  
Regierungsdirektor Dr. Zaar  
Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken  
Geschäftsführer Braune, Kreisbaugruppe  
Leitende Mitarbeiter des Landkreises  
Gäste  
Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 13:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:26 Uhr

## § 1

### Finanzierungssituation der Rems-Murr-Kliniken gGmbH

a) Neubaubericht Klinikum Winnenden, Aktualisierung der Baukostenentwicklung unter Berücksichtigung des Mehraufwandes Wasserschäden/verzögerter Umzug, weiterer Finanzierungsbeschluss für den Neubau Winnenden einschl. Bürgschaften des Rems-Murr-Kreises, Nachfinanzierung Mehrkosten Haus B einschl. Bürgschaft des Rems-Murr-Kreises 2014-43-VSKA07.07. und 2014-29a-VSKA12.05.

b) Auswirkungen des verzögerten Umzugs und der Wasserschäden auf das GuV-Jahresergebnis 2014/2015  
Drucksache 2014-44a-KT21.07., 2014-44-VSKA07.07., 2014-29d-VSKA12.05. und 2014-29c-VSKA 12.05.

c) Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Haushalt 2014 zur Abdeckung des Defizites der Rems-Murr-Kliniken gGmbH  
Drucksachen 2014-45-VSKA07.07. und 2014-29d-VSKA12.05.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksachen und führt einleitend aus,

„Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren des Kreistages,

vergangenes Wochenende schlug die Stunde Null im Neubau des Rems-Murr-Klinikums in Winnenden. 195 Patienten aus Waiblingen, Backnang und der Neurologie im ZfP zogen ins neue Krankenhaus ein. Diese logistische Meisterleistung verdanken wir einem hochprofessionellen Zusammenspiel von nicht weniger als 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Kliniken, 100 Einsatzkräften des DRK sowie der Unterstützung durch die Polizei, die Freiwillige Feuerwehr und das Technische Hilfswerk. Zahlreiche Ehrenamtliche waren spontan bereit mit Hand anzulegen. Allen Beteiligten gilt unser größter Respekt, Lob und Dank für ihren Beitrag zum vollständig komplikationsfreien Ablauf des Umzugs.

Alle unsere Hoffnungen ruhen nunmehr darauf, dass der neue Gesundheitscampus schnell aus den Startlöchern kommt, das medizinisch anspruchsvolle Leistungsspektrum Zuspruch findet und der Gesamtbetrieb sich wirtschaftlich tragfähig entwickelt. Was uns bleibt, sind zusätzlich zu verkräftende Mehrkosten. Die aktualisierte Bauhochrechnung beläuft sich inzwischen auf 297,5 Mio. EUR,

das sind einschließlich der Aufwendungen für die Sanierung der Weißen Wanne, 14 % mehr als ursprünglich kalkuliert. Ich mache keinen Hehl daraus, jedes Prozent Baukostenüberschreitung ist ärgerlich und enttäuschend. Baumaßnahmen dieser Größenordnung scheinen in ihrer Kostendynamik nur schwer beherrschbar zu sein, Ursachen hierfür gibt es viele, die ich im Einzelnen mir erspare zu benennen. Was besonders ins Gewicht fällt und für mich ein trauriges Kapitel der Winnender Baubiografie darstellt, sind die zusätzlich aufgelaufenen Kosten aus den Wasserschäden vom November des vergangenen Jahres. Mangelnde Verlässlichkeit in der Ausführung und ein teilweise haarsträubendes Verhalten der hierfür Verantwortlichen, haben uns ein starkes halbes Jahr Verzögerung beim Umzug beschert, was sich mit 3,7 Mio. EUR in der Bilanz niederschlägt und Vermögensschäden über annähernd 6 Mio. EUR verursacht hat.

Die längere Vorhaltung der Krankenhäuser Waiblingen und Backnang, wie auch der Stand-by-Betrieb von Winnenden hat verheerende Auswirkungen auf das Betriebsergebnis des Krankenhauses. Das Defizit 2014 wird sich von prognostizierten 15,3 auf 26,2 Mio. EUR erhöhen, was das bisherige Finanzierungsgerüst unseres Haushaltes erheblich in Schieflage bringt. Auch für das Jahr 2015 ist der Krankenhausbetrieb noch nicht in der Lage ein konsolidiertes Ergebnis zu erwirtschaften. Erfahrungsgemäß geht man davon aus, es etwa ein Jahr dauert, bis das gesamte Räderwerk eines Klinikums optimal ineinander greift. Deshalb ist 2015 von einem operativen Defizit über 16,6 Mio. EUR auszugehen.

Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, nach der Sommerpause auf der Grundlage von aktualisierten Wertermittlungen und Prognosedaten, die KMPG und Rödl & Partner derzeit erarbeiten, die über 2014 hinaus zu erwartenden Krankenhausbetriebsergebnisse im Kreistag zu diskutieren. Bis zu diesem Zeitpunkt liegen auch belastbare Zahlen über Sozialleistungen und sich derzeit inflationär entwickelnden Asylbewerberunterbringungskosten vor, sodass die Haushaltsbelastungen kurz- und mittelfristig transparent sind und die erforderlichen Korrekturen im Nachtrag bzw. die Mittelfristige Finanzplanung erfolgen können.

Nicht zuletzt liegen dann auch verlässliche Parameter für eine tragfähige Nettokapitalwertrechnung vor. Deshalb hat man sich darauf verständigt, den TOP 1c zu vertagen. Die neu hinzugewählten Kreisrätinnen und Kreisräten sollen Gelegenheit haben, sich ebenfalls mit dieser – zweifelsohne komplexen – Materie vertraut zu machen.

Weiterhin wird es notwendig sein, dass nach Betriebsstart des Krankenhauses nochmals Abläufe, Patientenströme, Leistungsspektrum und Logistik unter die Lupe genommen werden, da auch von Seiten der Krankenhausgeschäftsführung alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um

diesen Neubau nicht nur medizinisch sondern auch wirtschaftlich auf einen erfolgreichen Kurs zu bringen, selbst wenn uns am Bau Pannen und Pech begleitet haben, die finanziell dramatisch zu Buche schlagen.

Meine Damen und Herren, gemeinsam müssen wir uns den Herausforderungen stellen, etwas medizinisch Beispielgebendes auch wirtschaftlich auf gesunde Beine zu stellen.

Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken, erläutert den aktuellen Bericht zum Klinikneubau anhand einer Präsentation, die den Mitgliedern des Kreistags ausgehändigt wurde und die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.“

Kreisrätin Dr. Ulfert legt für die CDU-Fraktion dar:

„Heute früh ging mein Blick zum ersten Mal in Richtung des leeren Krankenhauses Backnang, ein sehr wehmütiges Gefühl hat an diesem Wochenende sicherlich alle Backnanger und Waiblinger und deren Umlandgemeinden begleitet. Es ist nun endgültig soweit, Backnang und Waiblingen haben leider kein Krankenhaus mehr. Danken möchte ich im Namen der CDU Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der RMK, Helfern vom Roten Kreuz, THW, Polizei, Feuerwehr und sonstigen für die hervorragende Vorbereitung und Organisation sowie den reibungslosen Umzug der Krankenhäuser Waiblingen und Backnang. Es ging zügiger als geplant und wir hoffen, dass alle Patienten einigermaßen unbelastet diese zwei Tage überstanden haben. Und dass die ersten Patienten im Klinikum Winnenden ebenfalls gut aufgenommen und behandelt werden konnten. Allen Mitarbeitern, die diesen langen und oft mit Rückschlägen behafteten Weg nach Winnenden mitgegangen sind und den Standorten Backnang und Waiblingen bis zuletzt treu geblieben sind, gilt unsere Hochachtung und unser Dank. Wir wünschen allen gemeinsam weiter ein gutes Arbeiten am neuen Standort im Klinikum Winnenden zum Wohle der Patienten.

In einem wesentlichen Punkt, nämlich der Weiterentwicklung des medizinischen Konzeptes kann bereits heute von einer sehr positiven Entwicklung gesprochen werden – ich erwähne stellvertretend Kardiologie, Onkologie, Gynäkologie, Gastroenterologie. Endgültig wird sich das Potential erst am neuen Standort in Winnenden zeigen, ein guter Start ist am Wochenende gelungen – eineinhalb Jahre nach dem ursprünglich geplanten Umzug..

Wie sich die positiven Prognosen zur Zukunft und Schwerpunktbildung für den Standort Schorndorf halten lassen, wird auch unserer gemeinsamen Anstrengungen bedürfen, sowohl bei der Ausrichtung der Abteilungen als auch bei der Finanzierung der dringend notwendigen Investitionen zum Beispiel auf den Stationen.

Und trotzdem kommt heute nicht einmal bei den Befürwortern des Klinikneubaus die reine Freude auf. Zu deprimierend, zu belastend sind die neuesten finanziellen Hochrechnungen. 2008 hatten doch viele Kreisrätinnen und Kreisräte vor allem auch aus finanziellen Gründen, mit der Überzeugung den Haushalt des Kreises durch eine Zusammenlegung der Kliniken entlasten zu können, den Neubaubeschluss gefasst!

Bei der feierlichen Einweihung in Winnenden vor 10 Tagen konnte man bis zuletzt glauben, es würde keinerlei Probleme geben. Unser Dank sollte in Richtung Herrn Krankenhausdirektor Winter gehen, der eigentlich als Einziger deutlich, zwar nur kurz, aber doch deutlich genug die in der Vergangenheit und Zukunft noch kommenden Probleme auch an diesem Tag ansprach. Drei Tage also nach dieser harmonischen Einweihung, waren – so ein Pressebericht - die Kreisräte im Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss sprachlos über das in 2014 zu erwartende Defizit von fast 30 Millionen sowie weiteren 17 Millionen im Jahre 2015. Wir wissen alle, dass die Probleme mit der Weißen Wanne und die zweimaligen Wasserschäden erheblich zur Kostensteigerung beigetragen haben, insbesondere zusätzlich durch die Bauzeitenverzögerungen und deren Folgekosten. Aber das ist möglicherweise nicht die alleinige Erklärung. Derer gibt es noch viele: Volle Auftragsbücher bei den Baufirmen mit hohen Kosten, neue Auflagen im Brandschutz, Mehrkosten Haus B, Reserve von 70 Betten, die im Nachhinein betrachtet eigentlich kaum leistbare Aufgabe für die Klinikleitung eine Klinik zu führen und neu zu organisieren, und dazu noch einen komplexen Klinikneubau zu überwachen. Hier hätte wir; vielleicht bei den ersten alarmierenden Nachrichten, viel konsequenter reagieren und personell mit geeignetem Bausachverstand in der Klinik aufstocken müssen. Ich erinnere an unseren Ausflug nach Meißen zur dortigen Klinik, bei der die Verantwortlichen eingangs sagten: ‚Ein solches Projekt steht und fällt mit einer excellenten Projektsteuerung‘.

Alle Berechnungen von Rödl und Partner als Grundlage der Entscheidung waren auch nur Annahmen. Annahmen, die sich im Verlaufe der Jahre als mehr oder eher nicht zutreffend gezeigt haben. Bis auf die medizinische Entwicklung und die Fallzahlen sind viele Gegenpositionen der Kritiker zur Wahrheit geworden: Synergien mit ZfP eher nein, CMI erreicht nein, Fallzahlen etwas besser, Rahmenbedingungen Krankenhausfinanzierung gleich schlecht, Personalkostensteigerung deutlich höher als eingeplant, usw. Kurzum die Prognose der Kritiker, dass die Zahlen zu optimistisch angenommen worden waren hat sich leider bestätigt.

Während der ersten von 59 Aufsichtsratssitzungen, unmittelbar nach dem Neubaubeschluss am 13. Oktober 2008 wurden verschiedenen Varianten der Schuldentilgung vorgestellt. Damals ging man noch davon aus ab dem Jahre 2016 schwarze Zahlen zu schreiben und die prognostizierte Höchst-

belastung waren rund 16 Millionen im Jahre 2009. Noch 2010 berichtete Frau Bayer von Rödl und Partner dem Kreistag: ‚Die Prognose fällt günstiger aus, der errechnete Nettokapitalwert, also die Summe, die der Landkreis bis 2033 an Zuschüssen für das neue Krankenhaus bezahlen müsste, sei nur noch 63 Millionen Euro‘ und ich zitiere weiter ‚Ab 2017 erwirtschaftet die Klinik jährlich 5 Millionen Überschuss.... ‚ Wir sind davon weit, sehr weit entfernt. Das wirkliche Ausmaß der nun bekannten Zahlen, die Auswirkung auf die Nettokapitalrate und die Prognosen der Jahre nach 2015 ist heute noch nicht bekannt, wird aber sicherlich die Beunruhigung im Kreis und die finanzielle Belastungsprobe nochmals verstärken. Die Untersuchungen von Rödl und Partner und vor allem deren Prognosen in die Zukunft müssen deshalb Gegenstand einer intensiven Überprüfung sein. Wir müssen wissen, was auf uns zukommt, dazu brauchen wir ehrliche Zahlen und belastbare, glaubhafte Prognosen – Beispielsweise wurde noch in 2013 der durch den Umzug zu erwartende Erlösrückgang nicht einkalkuliert. Die Abweichung der tatsächlichen Zahlen 2014 zur Prognose aus dem letzten Jahr beträgt für dieses Jahr alleine 13 Millionen! Damit der Krankenhausbetrieb medizinisch und wirtschaftlich gut läuft, müssen auch die neuen Prozessabläufe fortlaufend optimiert werden und auf deren Sparpotentiale untersucht werden. Damit meine ich nicht weitere Einsparung an Pflegekräften oder Essenkosten- in vielen Bereichen hat mich zumindest bisher das Gefühl beschlichen, hier sind wir am Ende der Sparmöglichkeiten. Aber auch Verwaltung und Abläufe bieten vielleicht noch Möglichkeiten der Effizienzsteigerung. In erster Linie jedoch erwarten wir nach dem Umzug in die hochmoderne und mit vielen Chancen ausgestattete Klinik in Winnenden eine deutliche Verbesserung der Erlöse aus dem Klinikbetrieb. Aber all dies wird nur einen kleinen Beitrag leisten können bei der Frage, wie sollen die Schulden abgetragen werden? Dafür gab es auch bisher kein ganz schlüssiges Konzept. Und dazu noch Gesamtkosten des Neubaus, die sich inzwischen deutlich in den Bereich von fast 300 Millionen bewegen. Viel zu viele Millionen müssen – auch ein Zitat aus der Zeitung – ‚herbeigezaubert werden‘ (was aber den Sachverhalt wirklich fast trifft). Dennoch, als Bürgerin und auch Ärztin sage ich, die medizinische Daseinsvorsorge für unsere Bevölkerung soll uns etwas wert sein, Das Niveau, welches hier im Landkreis angeboten wird, ist ein sehr hohes und vielfältiges. Eine hauchdünne Mehrheit hat sich bewusst gegen eine flächendeckende Grundversorgung gerade im ländlichen Raum entschieden. Aber dafür muss und wird hier in Zukunft eine wirklich hervorragende Medizin und Pflege, auf fast auf universitärem Niveau angeboten. Vergessen sein müssen Umzugsstress und gegenseitiges Beschnupern bisher nicht zusammenarbeitender Teams. es muss eine RMK Mannschaft zusammen zum Wohle der Patienten spielen. Die Menschen – damit meine ich Patienten, Besucher und Mitarbeiter - sollen sich im Klinikum Winnenden wohlfühlen.

Das Krankenhaus muss angenommen werden von Mitarbeitern und der Kreisbevölkerung. Es muss und soll in einer anderen Liga spielen. Es bedarf deshalb unserer intensiven Unterstützung in den kommenden Monaten. Die Frage der Finanzierung und Lösung der anstehenden Probleme darf

nicht zu Lasten des Klinikalltags gehen. Es wird die Aufgabe der Verwaltung und des neuen Kreistag sein, hier zu ihrer Verantwortung zu stehen, aufzuklären, wie es zu dieser Schieflage kam und ergebnisoffene Lösungsansätze zu entwickeln. Stand heute fällt mir eigentlich auch nur ein Zauberkurs ein. Aber nach vielen Jahren im Kampf um den Erhalt unserer Kliniken in Waiblingen und Backnang, werde ich genauso entschlossen mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag jetzt um die finanzielle Sanierung des Rems Murr Klinikums mit seinen Standorten Winnenden und Schorndorf und damit auch um den Haushalt des Landkreises kämpfen – unabhängig davon ob früher Gegner oder Befürworter des Klinikneubaus. Das sind wir unseren Bürgern schuldig und den heute zu fassenden Beschlüssen zur Zwischenfinanzierung müssen wir unter diesem Aspekt auch zustimmen.“

Kreisrätin Elser nimmt für die SPD-Fraktion wie folgt Stellung:

„Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

am Anfang meiner Ausführungen soll ein Dank stehen: Dank der SPD-Fraktion an alle Mitarbeiter in unseren Krankenhäusern. Sie haben zwei schwere Jahre hinter sich. Da waren nicht nur der Umzug zweier Häuser mit allen organisatorischen Problemen, auch persönlichen Einschränkungen, sondern auch die Bauverzögerungen ungeahnten Ausmaßes verbunden mit Ungewissheit, mitunter sogar Unsicherheit und Ängsten ob der Zukunft des neuen Hauses. Mit Erleichterung und Zuversicht dürfen sie die Fertigstellung der neuen Arbeitsstelle begrüßen. – Eine Erleichterung, die wir Kreisräte teilen, denn die vielen Rückschläge während der Bauzeit waren auch für uns bedrückend. Indessen: Eine „Jubelarie“ kann von uns Kreisräten zum heutigen Zeitpunkt nicht angestimmt werden. Es gibt noch zu viele Baustellen, konkret und bildlich gesprochen. Die am leichtesten zu beseitigende sind die zusätzlichen Parkplätze. Ich erspare mir hier, auf das Thema näher einzugehen, nur so viel: planerisch war es keine Glanzleistung. Spätestens bei der Planung des GEZE Winnenden hätte man die Problematik in den Gremien thematisieren müssen, um rechtzeitig eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Eine Baustelle ganz anderer Qualität sind die Kosten für das neue Haus, die kontinuierlich angewachsen sind und den Rahmen der ursprünglichen Kalkulation mit 27 Mio. Defizit im Jahr 2014 weit sprengen. Nachzuvollziehen sind Mehrkosten sicherlich aufgrund zusätzlicher, vom Gremium gewünschter Leistungen wie das Haus B. Obwohl ein kleinerer Wermutstropfen bleibt, denn als das Haus im Jahr 2012 beschlossen wurde, konnte man noch davon ausgehen, dass die Kosten im Rahmen der Gesamtkalkulation von 266 Mio. Euro enthalten sind. Dennoch war die Entscheidung

für das Haus als solche richtig, denn wir wissen, was wir dafür bekommen. Die nun zusätzlichen Kosten sind ärgerlich, aber müssen geschultert werden. Auch nachzuvollziehen, aber nur widerwillig und der Not gehorchend zu akzeptieren sind die Zusatzkosten. Die ausufernden Baukosten sind ein reines Ärgernis. Waren es Planungsfehler oder nur schlampige Bauarbeiten? Ich weigere mich auch zu akzeptieren, dass auf andere Projekte verwiesen wurde, wo es auch großzügige Baukostenüberschreitungen gegeben hat. Ich hoffe, dass die juristische Auseinandersetzung über deren Ursachen und Verantwortlichkeiten zu einem positiven Ergebnis für den Kreis führt.

Alarmierender hingegen sind für uns die Prognosezahlen für die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren. Wir bezweifeln, dass diese ausschließlich auf die Bauverzögerung zurückzuführen sind. Fairerweise ist anzumerken, dass eine vom Gesetzgeber beschlossene Änderung im Arbeitsrecht, aber auch im Abrechnungsmodus der Kliniken, die Erlössituation ebenso negativ beeinflusst hat wie der verspätete Umzug in die neue Klinik. Letzterer ist leider durch die Versicherungen nicht abgedeckt. Trotzdem: bei den jetzt vorliegenden Zahlen geht es ans Grundsätzliche, denn der Neubaubeschluss hatte zwei Prämissen:

1. Ein Haus der Zentralversorgung sollte den medizinischen Standard im Kreis verbessern und unserer Bevölkerung ein optimales Angebot an medizinischen Leistungen bieten.
2. die ständigen hohen Defizite der drei Häuser sollten endgültig der Vergangenheit angehören, das neue Haus sich wirtschaftlich selbst tragen.

Die erste Prämisse hat sich u.E. voll erfüllt. Wir sind von der Qualität des neuen Hauses in jeder Hinsicht überzeugt, so dass wir hoffen können, dass der Zuwachs an Patienten, der schon in den letzten Jahren, also in den alten Häusern, die Erwartungen übertraf, sich noch verstärken wird, d.h. auch, dass die Waiblinger sich nach Winnenden und nicht nach Stuttgart orientieren.

Die zweite Prämisse ist aus heutiger Sicht in naher, wohl auch fernerer Zukunft nicht zu erfüllen. Sie werden verstehen, Herr Landrat, dass gerade hier in Backnang diese Entwicklung mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt wird. Sie wissen um den immensen Widerstand in der Bevölkerung gegen das neue Haus, die Enttäuschung, mitunter sogar Verbitterung, die bei vielen noch heute anhält. Gestern erlebten nicht wenige mit Wehmut die endgültige Schließung unseres Krankenhauses. Und da ist es nicht verwunderlich, dass die einst so optimistischen Prognosen in Gutachten, mit denen der Neubau begründet wurde, heute wieder, von neuem, kritisch hinterfragt werden. Waren sie eben doch zu optimistisch? Lagen diesen Prognosen falsche Annahmen - etwa ein zu ambitionierter CM-Index -, Dienstbarkeit gegenüber dem Auftraggeber oder doch Realismus zugrunde? Aus heutiger Sicht gibt es noch keine endgültige Antwort. Zunächst herrscht bei vielen Kreisräten



ganz einfach Ernüchterung, mitunter Fassungslosigkeit ob der Erkenntnis, dass die Gesundheit unserer Bürger – um auf die rhetorische Frage des Landrats im VSKA zu antworten- dem Landkreis in den nächsten Jahren mehr wert sein muss und ihn mehr kosten wird als einst beim Neubaubeschluss prophezeit. Ich nenne als Stichwort nur ‚Kreisumlage‘.

Die Krankenhausverwaltung wird, nachdem die Bauarbeiten weitgehend abgeschlossen sind, sich nun ausschließlich ihrem eigentlichen Aufgabenfeld widmen können und müssen, um die Kostensituation in den nächsten Jahren im Bereich des Möglichen in den Griff zu bekommen. Ich bin überzeugt, dass sie dies mit Energie und Können angeht. Und der Kreistag? Seien wir realistisch: er wird die Mehrkosten tragen müssen. In welcher Form, das sollte aus unserer Sicht der neu gewählte Kreistag beschließen.

Ich persönlich habe seinerzeit vehement gegen das neue Haus gekämpft, habe dem damaligen Mehrheitsbeschluss Rechnung getragen und mit Blick in die Zukunft in den letzten fünf Jahren die Fertigstellung des neuen Hauses mit begleitet und entschieden und wünsche mir, dass das Haus in Winnenden mit seinem hochwertigen medizinischen Angebot die Akzeptanz erfährt, auch in dem Bewusstsein, dass wir für unsere Bevölkerung im Kreis ein gutes Krankenhaus brauchen, an das die Patienten vertrauensvoll sich wenden können.

Allen Mitarbeitern im neuen Haus wünscht unsere Fraktion eine gute Arbeitsatmosphäre und ein gutes Gelingen zum Wohl unserer Patienten und unseres Landkreises.

Kreisrat Haußmann spricht für die FDP-FW-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrter Herr Winter,  
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal darf ich im Namen der FDP/FW-Kreistagsfraktion meinen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rems-Murr-Kliniken für den Umzug und der Inbetriebnahme aussprechen. In den Dank einbeziehen möchte ich auch die vielen Mitwirkenden der DRK-Kreisverbände Rems-Murr, Ludwigsburg und Stuttgart, der privaten Krankentransportdienste, der Feuerwehr, des THW und der Polizei. Das war eine organisatorische Meisterleistung par excellence, die in dieser Form für die nächsten Jahrzehnte im Rems-Murr-Kreis einmalig sein dürfte. Jetzt beginnt im Rems-Murr-Kreis ein neues Zeitalter der stationären Gesundheitsversorgung und das erste Baby hat bereits am Samstagabend in Winnenden das Licht der Welt erblickt. Hervorragende Kliniken in Schorndorf und Winnenden, drei beispielhafte Gesundheitszentren in Backnang, Schorndorf und Winnenden – und natürlich eine sehr gute Kooperation mit niedergelassenen Haus- und Fachärzten. Die Einwohnerinnen und Einwohner im Rems-Murr-Kreis dürfen dank der im Gesundheitsbereich mit hoher Kompetenz und Verantwortung tätiger Menschen auf eine sehr gute medizinische Versorgung bauen. Wir wünschen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rems-Murr-Klinik in Winnenden einen guten Start und sind ihnen dankbar, dass die Patientinnen und Patienten bei Ihnen wie auch im Schorndorfer Krankenhaus in den besten Händen sind.

Mit diesem Lob und Dank könnte die Stellungnahme eigentlich enden, nach dem Motto: Ende gut, alles gut. Leider ist aus der kreispolitischen Brille das Motto noch mit einem dicken Fragezeichen zu versehen. Dabei sind insbesondere zwei Aspekte zu betrachten. Einer davon ist vom Grundsatz her erledigt und muss nur noch in vielen Facetten auf- bzw. abgearbeitet werden. Der andere wird uns noch längere Zeit im Kreistag und in den Rems-Murr-Kliniken beschäftigen. Ich spreche erstens vom Bauvorhaben selbst und zweitens von der aktuellen und künftigen wirtschaftlichen und finanziellen Situation der Rems-Murr-Kliniken.

Der Neubau ist mit all' seinen aufgetretenen Unwägbarkeiten fertiggestellt. Die Probleme der weißen Wanne, der Austausch des Projektsteuerers, die Vergabeart der haustechnischen Gewerke, die beiden heftigen Wasserschäden und die daraus resultierenden Bauzeitverzögerungen, Bauleistungs- und Vermögensschäden, können nicht mehr verändert werden. Die Differenzen innerhalb der Projektpartner waren sicher nicht hilfreich und werden ebenfalls noch einmal analysiert werden. Jetzt gilt der Blick darauf, wenn nötig mit juristischer Hilfe, die Projektkosten zu Gunsten der Rems-

Murr-Kliniken abzurechnen. Das geschätzte Kostenvolumen von 297,5 Mio. € enthält noch eine Reserve von 3,4 Mio. €. Nicht enthalten sind die beiden Wasserschäden und die Vermögensschäden. Man muss kein Prophet sein, wenn wir wissen, dass wir am Ende über 300 Mio. € liegen werden. Selbst bei optimistischer Bewertung dürfen wir nicht darauf hoffen, dass wir eine vollständige Erstattung der Vermögensschäden erhalten werden. Problematisch, ja ärgerlich daran ist auch, dass wir Monat für Monat einen Anstieg der Kosten feststellen müssen, ohne dass wir im Sinne eines Worst- und Best-Case-Szenarios einen Ausblick erhalten. Aus unserer Sicht wäre das notwendig, um einschätzen zu können, ob die Maßnahmen des Landkreises zur Abdeckung des Defizites der Rems-Murr-Kliniken ausreichend sind oder nicht. Die vorgelegte Gegenfinanzierung greift ins Eingemachte kreispolitischer Daseinsfürsorge. Wir erkennen es an, dass die Landkreisverwaltung alle Schubladen aufmacht, um kurzfristige Ausgaben zu reduzieren. Ob das ausreichend sein wird, können wir derzeit nicht beurteilen. Früher waren die Löcher nur in der Brezel, heute sind sie auch im Haushalt des Rems-Murr-Kreises. Unsere Fraktion hat im Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss der Notwendigkeit der Nachfinanzierung zugestimmt.

Ebenfalls kritisieren wir, dass es zunehmend schwieriger wird, die aktuelle Kostensituation mit dem Neubaubeschluss vom 14. Juli 2008 zu vergleichen, weil dies nicht alles im Bereich der Rems-Murr-Kliniken abgebildet wird, sondern im Landkreis oder in den Landkreisgesellschaften. Wir beantragen deshalb, dass dem Kreistag ein vollständiger Soll-Ist-Vergleich zur Verfügung gestellt wird, bei dem alle Punkte der ursprünglichen Neubaumentscheidung mit der aktuellen Situation gegenübergestellt werden. Dazu gehört neben den Neubaukosten incl. aller Veränderungen bis hin zur Erweiterung der Parkierung, die Neubauförderung des Landes, der Kauf der Neurologie, der Bau der Gesundheitszentren, des Ärztehauses und des Hauses B, die Grundstücksthematik der Alt-Klinik-Standorte in Backnang und Waiblingen sowie die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung der Rems-Murr-Kliniken.

Ich komme zum zweiten Aspekt – zur wirtschaftlichen und finanziellen Situation der Rems-Murr-Kliniken. Bisher liegen uns nur die Planungen bis 2015 vor. Wir brauchen aber einen Vergleich zu der beim Neubaubeschluss vorgelegten Wirtschaftlichkeitsprognose bis 2032. Festzustellen ist, dass die für 2014 und 2015 zu erwartenden Defizite in Höhe von fast 46 Mio. € wohl nicht allein aus den Neubaukostensteigerungen stammen, sondern auch aus Betriebsdefiziten. Uns interessiert dabei außerdem, welche nicht beeinflussbaren Faktoren sich im Bereich der Krankenhausbetriebskosten seit der Neubaumentscheidung ergeben haben. Eine vorletzte Woche veröffentlichte wissenschaftliche Forschungsstudie der Uni Hamburg und TU Berlin hat neben der Untersuchung des Anstiegs der Krankenhausbehandlungen aufgezeigt, dass die Länder ihrer Verpflichtung zur Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser nur ungenügend nachkommen. Auch die grün-rote Landesre-

gierung bleibt bisher deutlich hinter ihren Ankündigungen zurück. Wenn wir auch in Zukunft eine qualitätsorientierte und finanzierbare Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in Baden-Württemberg bei freier Krankenhauswahl erhalten wollen, muss das Land eine deutliche aktivere Rolle übernehmen und für eine transparente Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität sorgen.

Die dramatischen Verluste führen nun dazu, dass der Kämmerer Frank Geißler bei der Erläuterung des vorgesehenen Nachtragshaushaltes die Geschäftsführung der Kliniken auffordert, ein kurz-, mittel- und langfristiges Konzept zu erarbeiten, dass zeitnah ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht wird. Mit anderen Worten: das neue, auf medizinischem Spitzenniveau gebaute Winnender Klinikum liegt bereits vor der Inbetriebnahme auf der betriebswirtschaftlichen Intensivstation. Das ist für alle Beteiligten und Betroffenen – Klinikpersonal, Geschäftsführung, Verwaltung, Kreistag und Kommunen – eine schwierige Situation. Die Bemerkung von Ihnen, sehr geehrter Herr Winter, im Verwaltungsausschuss, dass die Defizite heute genauso groß wie früher seien, mit dem Unterschied, dass man jetzt eine schöne, neue Klinik habe, zeugt von wenig Sensibilität und ist im Widerspruch zu den damaligen Beschlussvorlagen. Zitat aus der Drucksache 68/2008 der KBA-Sitzung vom 7.7.2008. Fast, so scheint es, erinnert das an den Spruch von Manfred Rommel: „Das Vertrauen in die Nichterfüllung von Prognosen ist eine verhältnismäßig verlässliche Grundlage für politische Entscheidungen.“

Zusätzlich droht für dieses Jahr auch ein höherer Zuschuss für die Jugend- und Sozialhilfe. Die FDP/FW-Kreistagsfraktion fordert deshalb vor der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes neben der angesprochenen Kostenvergleiche, der Wirtschaftlichkeitsprognose auch Vorschläge, welche Maßnahmen seitens der Geschäftsführung vorgesehen sind. Auch die Haushaltsberatungen für 2015 werfen ihre Schatten voraus. Die FDP/FW-Kreistagsfraktion sieht sich leider schneller als erwartet in ihrer Skepsis bestätigt, dass die sogenannte fifty-fifty-Lösung etwaiger Mehr- oder Wenigereinnahmen zwischen Kreis und Kommunen eine dauerhafte Sache sein kann, so wie sie von CDU, SPD und Freien Wählern gefordert wurde. Im Haushalt 2015 klafft für die Rems-Murr-Kliniken eine zusätzliche Deckungslücke von 10,9 Mio. €. Sollten die Wirtschaftlichkeitsprognose auch über 2015 hinaus weitere Defizite erwarten lassen, wird sich das erheblich auf die Kreisumlage auswirken und die fifty-fifty-Lösung ist Makulatur. Hoffen wir, dass es Ihnen, Herr Winter gelingen möge, die Rems-Murr-Kliniken auch betriebswirtschaftlich so fit zu machen, wie dies jetzt im medizinischen Bereich gelungen ist.“

Kreisrat Hesky erklärt für die Fraktion der Freien Wähler:

„Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

eigentlich sollte heute ein Tag der grenzenlosen Freude sein. Der Umzug der Kliniken von Backnang und Waiblingen nach Winnenden ist reibungslos geschafft. Kein Patient ging verloren. Mit dem neuen Klinikum kann der Kreis, um Sie, Herr Landrat zu zitieren, heimatnah für die eigene Kreisbevölkerung eine optimale Versorgung anbieten. Soweit der Werbeblock.

Alle Kritiker sollten spätestens mit der Eröffnung verstummt sein, weil die Freude über und der Stolz auf das gemeinsam Erreichte überwiegt.

Was will man mehr? Könnte man meinen. Leider bleibt einem der Jubel im Halse stecken und man befindet sich in einem Wechselbad der Gefühle, weil eigentlich alles gut ist, wenn da die Kosten und der holprige Bauablauf nicht wären, die uns emotional und auch finanziell wie ein Klotz am Bein hängen.

Und das, obwohl alles so gut anfing. Wenige Monate nach Baustart wurde vermeldet: Das Budget reicht aus und hat noch so viel Luft, dass wünschenswerte Ergänzungen, wie Wahlleistungsstation, Haus B und Akademisches Lehrkrankenhaus drin sind! Durch Ärzte, die aufgrund der Neubauscheidung gewonnen werden konnten, seien die Patientenzahlen in Waiblingen und Backnang so deutlich gestiegen, dass man das im Bau befindliche Klinikum in Winnenden, schon erweitern müsse. Das alles war im Oktober 2011.

Doch dann kam alles anders. Die Hiobsbotschaften, durch die weiße Wanne ausgelöst, ließen auch den Kreistag weiß und blass werden, bis den meisten die Zornesröte ins Gesicht stieg, weil Kostensteigerung auf Kostensteigerung folgte und man nicht den Eindruck hatte, es wird alles unternommen, um diese zu bremsen.

Trotz der optischen Reduktion des Budgets, damit es nicht die magische Zahl der 300 Mio. Euro überschreitet, kratzt es heute mit 297,5 Mio. Euro verdächtig nahe daran, dass man vielleicht gut beraten ist, sich an die 3 zu gewöhnen, will sagen, an die 300... Millionen. Rechnet man alle Investitionen im und am Klinikum zusammen, die auf verschiedene Objekte und Kassen verteilt sind, wurde die 300er Marke ohnehin bereits gerissen. Und für uns Freien Wähler stellt sich die Frage: War und ist das klug, die Investitionen auf verschiedene Töpfe zu verteilen, um politisch Boden gut zu machen? Oder wäre es nicht besser, für das Klinikum mit allen Einrichtungen, die dazu gehören

und die für seinen Betrieb notwendig sind, eine Gesamtrechnung aufzustellen, aus der Kosten und Finanzierung ersichtlich sind?

Die Forderung nach Transparenz wurde von uns wie von den anderen Fraktionen bereits in der VSKA-Sitzung erhoben und wir Freien Wähler haben die Initiative des interfraktionellen Antrags gestartet, um zu überlegen, ob es nicht besser und gegenüber den Menschen im Kreis und auch gegenüber den Kommunen, die letztendlich die Zeche zahlen, ehrlicher wäre, klar Schiff zu machen, anstatt durch Klein-Klein den Versuch zu unternehmen und den Eindruck zu vermitteln, „alles wird gut“, es genügt, auf Brandschutztüren in der Schorndorfer Klinik zu verzichten, das Radwegkonzept zu schieben und zwei BHKWs nicht zu kaufen, sondern über Contracting zu finanzieren.

Wir Freien Wähler haben unsere berechtigten Zweifel, ob wirklich alles gut wird - zumindest ob es rasch gut wird. Denn aus unserer Sicht ist es eben nicht gut, dass wir enorme Krediterhöhungen benötigen, um die Baukosten zu bewältigen. Das ist das eine. Und schon gar nicht gut finden wir, dass die neue Klinik mit der Hypothek an den Start geht, in den nächsten Jahren nicht die betriebswirtschaftlichen Ziele zu erreichen, die mit ihrem Bau versprochen wurden.

Man kann es sich gerade noch schönreden, dass wir mit den Krediten durch die höheren Baukosten ausgelöst, wenigstens Vermögenswerte erhalten, auch wenn wir für die medizinische Versorgung kein so teures Gebäude benötigt hätten. Aber überhaupt nicht akzeptieren kann man die prognostizierten 26,2 Mio. Euro Defizit im Jahr 2014 und die zu erwartenden 16,6 Mio. Euro im Jahr 2015. Und das nächste Jahr ist eine Prognose, die vor allem davon abhängt, wie das neue Klinikum angenommen wird.

Wir Freien Wähler haben die Klinik nach dem denkwürdigen Beschluss aus dem Jahr 2008 mitgetragen, auch wenn es nicht immer leicht fiel. Aber für uns ist klar: Das Schicksal der Klinik ist auch die Schicksalsfrage für den Landkreis. Wenn die Klinik nicht zum Erfolg wird, geht diese Belastung eins zu eins auf die Kommunen über und führt dort zu weniger Investitionen in Infrastruktur, was zu einem Standortnachteil für den ganzen Kreis wird.

Noch nie war es so deutlich wie heute, dass Kreis und Kommunen finanziell kommunizierende Röhren sind. Machen wir uns nichts vor: Auch wenn es die Kreisverwaltung durch finanztaktische Winkelzüge erreicht, dass der Kreistag im Jahr 2014 keine Kreisumlageerhöhung beschließen muss, fehlt das Geld, das wir heute benötigen, um die Kliniklöcher zu stopfen, für die ursprünglich geplanten Maßnahmen - die eben dann in Folgejahren zu finanzieren sind und die Kreisumlage dann erhöhen. Oder sind etwa im Kreishaushalt Maßnahmen veranschlagt, auf die dauerhaft verzichtet

werden kann?

Als wir den Haushalt 2014 diskutierten, wurde wie jedes Jahr hart um jeden Zehntelprozentpunkt Kreisumlage gerungen. Jeder Euro war für den Kreis wichtig - und für die Kommunen auch. Nun können 1,2 Mio. Euro Investitionen gestoppt werden. Das ist etwa ein Viertel Prozentpunkt Kreisumlage, den man den Kommunen hätte lassen können.

Laut Vorlage 45 für den VSKA am 7.7.2014, die nicht zurückgezogen ist, sondern deren Beratung nur vertagt wurde, schlägt die Kreisverwaltung vor, schon heute die Haushaltsverbesserungen aus 2014 in Höhe von 1,1 Mio. Euro zu verwenden und 6 Mio. Euro des Klinikdefizits auf neue Rechnung des Klinikums vorzutragen, so dass die Klinik dem Kreis die Defizitabdeckung vorfinanziert - die Rechnung kommt aber später trotzdem. Beim Kreis sollen investive Haushaltsreste umgewidmet, die verschobenen und gesparten Mittel mit einer Haushaltssperre belegt, die überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie die Haushaltssperren zu Haushaltsansätzen umgewandelt werden - und am Schluss bleibt von der Deckungslücke in Höhe von 10,9 Mio. Euro noch ein Finanzierungsbedarf von 300.000 Euro beim Kreis übrig.

Alles klar? Nein, das ist keine Finanzpolitik, die wir Freien Wähler mittragen. Es war gut, dass Sie, Herr Landrat bei der Ältestenratssitzung am vergangenen Mittwoch die Reißleine gezogen haben und eine Klausurtagung für den neuen Kreistag anberaumten.

Aber wir sagen schon heute, den von Ihnen vorgeschlagenen Finanzierungsweg tragen wir Freien Wähler nicht mit. Wir sind nicht so blauäugig zu glauben, dass bei der Klausurtagung das Füllhorn gefunden wird, sondern wir erwarten eine konsequente Reduktion der freiwilligen Aufgaben des Kreises, bis wir wieder finanziell konsolidiert sind, und wir erwarten klare Zeichen von Ihnen und Ihrer Verwaltung, dass - und wo - gekürzt und gespart wird.

Der Landkreis hat sich die Verbesserung der medizinischen Versorgung auf die Fahnen geschrieben. Gleichzeitig, so das Versprechen aus 2008, sollte die Entlastung der Kommunen von den steigenden Defiziten der in die Jahre gekommenen und, das muss ich nun auch nochmals sagen, baulich vernachlässigten dezentralen Krankenhäuser in Backnang und Waiblingen erfolgen. Wir haben viel aufgegeben, um Neues zu schaffen.

Nun ist das Projekt aus dem Ruder gelaufen und es gilt, sich darauf zu konzentrieren. Mit einem „es wird schon werden“ und „alles andere wird darunter nicht leiden“, werden wir unserer Verantwortung für den Kreis nicht gerecht und der Kreistag wäre sonst aller Handlungsspielräume für 2015 und für künftige Jahre beraubt.

Daher werden wir Freien Wähler unseren Teil dazu leisten, das neue Krankenhaus zum Erfolg zu führen, aber auch dafür zu sorgen, die Finanzlasten daraus so schnell wie möglich zu bereinigen, in der Hoffnung, dass sich dann bald die Freude über das neue Klinikum einstellt.

Um es nochmals deutlich zu sagen: Der Kreis muss sparen, und nicht das Klinikum, das natürlich betriebswirtschaftlich sinnvoll arbeiten muss. Aber wir legen Wert auf eine gute, menschliche, medizinische Versorgung mit motiviertem Personal. Das ist unser Pfund, mit dem wir nun wuchern können und müssen.

Dem Klinikum und allen, die darin arbeiten, wünschen wir viel Freude am neuen Arbeitsplatz und viel Erfolg!“

Kreisrätin Fauth-Rank legt für die Fraktion von Bündnis 90/Grüne dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

viele Themen wurden bereits von den Vorrednern angesprochen, einige wichtige Aspekte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte ich hervorheben.

Die Hälfte aller bundesdeutschen Kliniken schreibt rote Zahlen und jedes achte Krankenhaus ist eigentlich pleite. Da scheint der Hund im System begraben zu sein! Es gibt drei wesentliche Ursachen für diese Entwicklung.

Für die Finanzierung der Krankenhäuser sind drei Säulen ausschlaggebend:

Erstens sind Beschlüsse der Bundesregierung und daraus resultierende Gesetzgebungen für die Finanzausstattung der Krankenhäuser entscheidend, zweitens die von den Kassen zu leistenden Zahlungen und drittens die effiziente innerbetriebliche Organisation der Kliniken.

Zu 1: Bund und Länder haben sich gesetzlich dazu verpflichtet in die Bausubstanz der Kliniken zu investieren. Dafür stehen aber nur ungenügende Mittel bereit. Die grün-rote Landesregierung hat zur Entlastung einen zusätzlichen Beitrag geleistet, doch der Rückstau vergangener Jahre ist riesig. Mit den unzureichenden Finanzierungsmitteln hat jede Klinik zu kämpfen. Ständig sind z. B. Nachrüstungen im Bereich Brandschutz zu leisten und dafür stehen keine finanziellen Mittel zur Verfügung.



Zu 2: Die Finanzierung des laufenden Betriebs durch die Krankenkassen ist hochkomplex, oftmals zum Nachteil der Kliniken. Neue kostspielige medizinische Angebote werden erst lange im Nachhinein und dann nur zögerlich von den Krankenkassen anerkannt und nachträglich bezahlt. Tarifierhöhungen werden nur zum Teil von den Kassen refinanziert. Diese müssen von den Kliniken an anderer Stelle eingespart werden. Ein untragbarer Zustand, der oftmals zu Lasten des Personals und der Patientinnen und Patienten geht.

Zu 3: Die Schraube, an der wir selbst drehen können, ist die innerbetriebliche Organisation unserer Kliniken. Der Kreishaushalt wird durch die Mehrkosten beim Klinikneubau und die erschreckend hohen Defizite beim laufenden Betrieb sehr stark belastet. Diese Entwicklung haben wir in dieser Höhe niemals erwartet. Die Mehrkosten beim Klinikneubau werden mit Zins und Abschreibungen die Betriebskosten der Kliniken auf Jahre hinaus um jährlich mindestens 1 Mio. EUR zusätzlich belasten. Hier unsere Fragestellung an die Geschäftsführung: Wie können die Kliniken diese zusätzlichen Betriebskosten refinanzieren?

Die Aussage von Herrn Geschäftsführer Winter, es hätte sowohl mit als auch ohne Klinikneubau künftig Defizite gegeben, können wir so nicht stehen lassen! Wir Grünen trugen den Neubaubeschluss nur unter der Prämisse mit, dass die Rems-Murr-Kliniken künftig mindestens kostendeckend arbeiten und keine Zuschüsse aus dem Kreishaushalt mehr erforderlich sind. Dies war neben einem deutlich verbesserten medizinischen Versorgungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis einer der zentralen Bestandteile des Baubeschlusses. So wurde dies auch von Klinikleitung, Landrat und Verwaltung vorgelegt und zugesagt. Wir haben daher weiterhin die klare Erwartung, dass diese Zusagen auch eingehalten werden.

Mit den sehr guten Rahmenbedingungen im neuen Klinikum bestehen beste Voraussetzungen, die betrieblichen Abläufe optimal zu gestalten und eine hohe Qualität zu sichern. Die in alter Gewohnheit eingespielten Routinen müssen hinterfragt und Rückmeldungen von Patientinnen und Patienten, wie auch von Mitarbeitenden, ernst genommen werden. Erfahrungen, negative und positive, sprechen sich in der Bevölkerung herum und tragen wesentlich zur Akzeptanz von unseren Kliniken bei. Alle Abläufe, auch die Verbindung zu vorgelagerten ambulanten Versorgungssystemen, sollten unter den Aspekten der patientenfreundlichen Optimierung und Qualitätssicherung unter die Lupe genommen werden. Patientinnen und Patienten, sollen merken, dass sie in unseren Kliniken willkommen sind und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter empathisch auf sie eingehen. Sie sollen kompetent von einer zur anderen Stelle geleitet werden, die Schritte nachvollziehen können und das positive Gefühl mitnehmen, dass jeder Mitarbeitende das Richtige an seinem Platz tut. Verbindliche,

den neuen Herausforderungen angepasste Standards, gewährleisten einen reibungslosen Betrieb und geben Sicherheit bei der Arbeit. Und hier fordern wir Grünen die Geschäftsführung auf, ein schlüssiges Konzept zum Patientenmanagement vorzulegen.

Noch einmal zurück zu den Finanzen: Beim Klinikneubau gilt es zu unterscheiden zwischen Mehrkosten, die durch zusätzliche Investitionen mit ergänzenden Leistungsangeboten wie der Hybrid-OP und das Haus B entstanden sind, und Mehrkosten, die durch Bauschäden und Umzugsverzögerungen verursacht wurden. Es war schmerzlich für uns zu erfahren, wie sich das Jahrhundert-Bauvorhaben durch Pfusch am Bau zu einem Alptraum entwickelt hat. Weiße Wanne, Wassereintritte, Defizite in der Haustechnik sind passiert, obwohl der Kreis einen Projektsteuerer für den Neubau eingesetzt hat. Mit aus unserer Sicht mehr als unlauteren Methoden kassierten einige Firmen sogenannte Beschleunigungsbeiträge oder agierten mit Verzögerungs- und Behinderungsanzeigen. Unsere Notsituation wurde gnadenlos und schamlos, mit Millionenbeträgen zu unseren Lasten, ausgenutzt. Leider auch von Firmen aus unserer Region.

Hier stellt sich uns die grundsätzliche Frage, ob solche speziellen Bauvorhaben von kommunaler Seite in dieser Größenordnung überhaupt noch gut zu meistern sind. Hier muss für die Zukunft darüber nachgedacht werden, welche anderen Modelle besser geeignet sind.

Die Beschlüsse die wir heute unter den Punkten 1a und 1b fassen, sind wohl unabdingbar, um die Liquidität der Klinik zu sichern. Hier geht es um die Finanzierung der Mehrkosten für den Neubau. Da kommen wir nicht umhin.

Zur Finanzierung des Defizits im laufenden Betrieb haben wir noch umfangreichen Beratungsbedarf. Daher ist es richtig, dass dieser Tagesordnungspunkt für heute zurückgenommen wurde. Hierzu wollen wir klar und deutlich äußern, dass es für uns vollkommen inakzeptabel wäre, wenn zur Finanzierung eines Defizits aus dem Klinikbetrieb, die Streichung oder Schiebung von Investitionsmaßnahmen aus dem Klimaschutzprogramm oder anderer wichtiger Aufgaben für den Kreis herhalten sollten, so

wie dies mit der Beschlussvorlage vorgesehen war. Ein Defizitausgleich geht aus unserer Sicht nur über die Anpassung der Kreisumlage. Eine weitere Schuldenaufnahme kommt für uns für diesen Zweck im Sinne einer seriösen Finanzpolitik nicht in Betracht. Wir sagen klipp und klar: Die betrieblichen Defizite der Rems-Murr-Kliniken sind baldmöglichst auf null zu reduzieren, so wie es beim Baubeschluss und den damaligen betriebswirtschaftlichen Planungen dargelegt wurde. So lange dies der Geschäftsführung nicht gelingt, sind die Defizite, wie bisher auch, aus dem Kreishaushalt,

ohne zusätzliche Schuldenaufnahme und letztendlich über eine auskömmliche Kreisumlage zu finanzieren. Das Volumen muss so klein und die Zeitspanne so kurz wie möglich sein. Und genau dafür erwarten wir von der Geschäftsführung und von der Verwaltung ein schlüssiges Konzept.

Wenden wir uns den positiven Dingen zu: Wenn wir die medizinische Entwicklung der Kliniklandschaft in Deutschland betrachten, war die Entscheidung, ein Zentralklinikum in Winnenden zu bauen, richtig. Wir stehen dazu! Wie gesagt: vorausgesetzt die vorgenannten Zusagen werden in absehbarer Zeit eingehalten. Die neue Klinik wurde vergangenes Wochenende bezogen, die Plaza wird munter genutzt, in den hervorragend ausgestatteten Räumlichkeiten herrscht bereits reger Betrieb und für jede Mitarbeiterin und für jeden Mitarbeiter kann es eine Freude sein, in der Klinik zu arbeiten. Die Patientinnen und Patienten können sicher sein, dass sie bestens versorgt werden. Wir wünschen einen guten Start mit engagiertem Personal und zufriedenen Patientinnen und Patienten. Der Geschäftsleitung der Klinik sprechen wir unseren Dank für das Bohren vieler dicker Bretter aus.

Für mich war dies heute meine letzte Rede, im Mai habe ich mich nicht mehr zur Wahl gestellt. Ich freue mich auf Freiräume im Sabbatjahr. Für die gute Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen sowie bei der Verwaltung bedanken. Dem nächsten Kreistag wünsche ich eine gute Hand für alle Entscheidungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Kreisrat Rathgeb erklärt, er begrüße die Vertagung von Tagesordnungspunkt 1 c). Er könne nicht nachvollziehen, dass Brandschutzmaßnahmen und die Notstromversorgung oder das Radwegkonzept geschoben werden sollen. Projekte hingegen, wie die Fassadensanierung, könnten tatsächlich später realisiert werden.

Kreisrat Dr. Nopper kritisiert, dass Personal und Medizin der neuen Kliniken zwar vielversprechend seien, die Finanzlage und -prognosen hingegen furchtflößend. Der Ernst der finanziellen Lage sei nunmehr offensichtlich auch vom Landrat und vom Geschäftsführer erkannt worden, auch wenn diese am Eröffnungstag hierauf keinen Hinweis gegeben hätten. Bereits am Montag darauf seien jedoch die Verschiebung von Brandschutzmaßnahmen und von Stationssanierungen im Kreiskrankenhaus Schorndorf, aber auch Verschiebung des Radwegeausbaus bekanntgegeben worden. Er fordere daher mehr Offenheit und Klarheit.

Kreisrat Gruber erklärt, er halte es für wichtig, dass der Ernst der finanziellen Lage offen gelegt werde und alle bekannten Fakten auf den Tisch kämen. Der Krankenhausneubau sei mit 290 - 300 Millionen Euro 20 - 25 % teurer als die ursprünglichen Schätzkosten im Prospekt von 239 Millionen Euro. Noch viel bedeutsamer sei der Punkt, dass erst im letzten Herbst der viel zu

hoch angesetzte Prognose-CMI-Wert von utopischen 1,1 auf immer noch sehr ehrgeizige 1,025 abgesenkt worden sei. Er gehe davon aus, dass dies über 10 Millionen Euro weniger an laufenden Einnahmen bedeute, was den Ernst der finanziellen Lage ausdrücke. Aus diesem Grund bitte er um Auskunft, wie stark die prognostizierten Einnahmen durch die Absenkung des erwarteten CMI von 1,1 auf 1,025 sinken. Zudem sei aus den zugesandten Unterlagen ersichtlich, dass es eine aktualisierte Wirtschaftlichkeitsprognose von Rödl & Partner gebe. Er habe hiernach bereits mehrfach angefragt und fordere, dass dem Kreistag die Offenlegung dieser Ergebnisse zugesagt werde. Zudem erinnere er daran, dass er wenige Tage vor der Neubauabstimmung am 14.07.2008 herausbekommen habe, dass die Verwaltung auch eine Wirtschaftlichkeitsprognose mit dem ehrgeizigen, aber nicht unerreichbaren CMI von 1,0 vorliegen habe. Landrat Fuchs habe diese Ergebnisse dem Kreistag am 14.07.2008 vorenthalten. Diese solle daher jetzt offengelegt werden. Kreisrat Gruber legt seine Fragen auch in schriftlicher Form vor.

Landrat Fuchs nimmt zu den Redebeiträgen Stellung und erklärt, gemeinsame Feststellung sei, dass das, was jetzt medizinisch auf den Weg gebracht worden sei, berechnete Erfolgchancen habe, allen Bürgern des Kreises hervorragende Bedingungen einer patientennahen und bedarfsgerechten Versorgung zu gewährleisten. Es sei sicherlich richtig, dass man sich den Fakten stellen müsse, da Defizite im laufenden Betrieb mit 26,2 Mio. Euro in 2014 und mit 16,6 Mio. Euro in 2015 prognostiziert seien. Dies bedeute, dass Alles auf den Prüfstand gestellt und optimiert werden müsse für eine wirtschaftliche Betriebsführung. Darüber hinaus habe man sich mit der Wirtschaftlichkeitsprognose auseinandersetzen. Im Aufsichtsrat sei man übereingekommen, dem vorgelegten Entwurf einer Prognoseberechnung nochmals veränderte Parameter zu Grunde zu legen um deutlich zu machen, von welchen Grundlagen und Erwartungen in Zukunft auszugehen sei. Er erinnere auch daran, dass in den Jahren 2009 bis 2012 bessere Betriebsergebnisse erwirtschaftet worden seien, als prognostiziert. Negativ ausgewirkt hätten sich die Bauzeitverlängerung, die Bauschäden und was an zusätzlichen Standards sowie weiteren Anforderungen zur Sicherheit des Betriebs im Rahmen des Bauprozesses abverlangt worden sei. Jetzt müsse man versuchen, die aufgelaufenen Defizite entsprechend im Haushalt abzubilden. Die Vorlagen zur Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss am 07.07.2014 verstehe er als eine Diskussionsgrundlage, um aus dem laufenden Betrieb des Haushaltes 2014 zumindest die Reserven zu erwirtschaften, damit ein Teil des Defizites für das Jahr 2014 aufgefangen werden könne. Richtig sei auch, dass für die mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung, die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür vorgelegt werden müssten, was über das Betriebsergebnis für das Jahr 2015 hinausgehe. Deshalb benötige man eine aktualisierte, aber belastbare und glaubwürdige Prognoserechnung, die im Rahmen einer Klausurtagung dem neuen Kreistag vorgestellt werden solle. In Folge dessen, solle dann die Haushaltskonsolidierung in Angriff genommen und der Nachtragshaushalt aufgestellt werden. Es gelte,

die Dinge nicht nur von Jahr zu Jahr zu verschieben, sondern es gehe darum, mittelfristig eine Basis schaffen, um eine gesicherte und solide Haushaltswirtschaft für den Kreis zu gewährleisten.

Hinsichtlich der Baukostensteigerungen seien nicht nur die Wasserschäden und die weiße Wanne verantwortlich, sondern es hätten sich eine Reihe von Faktoren kumuliert. Dies werde im Einzelnen analysiert und wenn möglich, Regress eingefordert. Derzeit erfolge auch die entsprechende gutachterliche Beurteilung von juristischer und technischer Seite, insbesondere zur Bauzeitverzögerung und zur der funktionalen Ausschreibung.

Zum angesprochenen Best- und Worst-Case Szenario sei mit 297,5 Mio. Euro der Betrag unter Berücksichtigung aller finanziellen Risiken und der Folgen der Wasserschäden genannt worden. Es bleibe zu hoffen, dass keine weiteren Kosten folgen, denn diese würden es immer mehr erschweren, über den laufenden Betrieb die Finanzierungsverpflichtungen für Zins und Tilgung abbilden zu können. Die Behauptung, er habe eine Wirtschaftlichkeitsprognose mit 1,0 zurückgehalten, weise er zurück. Im Übrigen bitte er zu unterlassen, immer wieder aus dem Prospekt zu zitieren, da dieser zu einem Zeitpunkt veröffentlicht worden sei, zu dem bestimmte Informationen im Hinblick auf die Baukosten, noch nicht zur Verfügung gestanden hätten.

Geschäftsführer Winter weist ergänzend darauf hin, dass sich die angenommenen Zinssätze wesentlich günstiger entwickelt hätten. Man habe nicht am Anfang einer Hochzinsphase gestanden, sondern das Gegenteil sei eingetreten. Fakt sei jedoch, dass ein bestimmter Zinssatz als Kalkulationsgrundlage zu Grunde gelegt werden müsse. Dies gelte auch für den noch zu treffenden Beschluss zur Finanzierung der Vermögensschäden bzw. der Bauschäden am Neubau. Derzeit werde überlegt, ob variabler Zins günstiger sei und ob auf fünf bis sieben Jahre finanziert werde, zumal die Auseinandersetzung mit den Versicherungen und Schadensverursachern sicher so lange dauern werde. Bei CMI-Wert müsse beachtet werden, dass dieser nur ein Teil einer Finanzierung sei. Der andere Teil seien die Fallzahlen. Es sei richtig, dass ursprünglich mit 1,1 gerechnet worden sei. Bei Berücksichtigung der Veränderungen über die zurückliegende Zeit, hätte sich ein Wert von heute ca. 1,08 ergeben. Bei den Fällen habe sich eine positive Abweichung ergeben. Diese seien viel stärker gestiegen, als angenommen. Gegenüber dem Prognosewert des Jahres 2008 liege man bei einer Zahl, die erst zwischen 2017 und 2020 zu erreichen gewesen wäre. Dies sei vor allem auf den Klinikneubau und dem Zuspruch neuer Ärzte zurückzuführen. Im Neubau gebe es sechs Fachabteilungen, die über dem Zielwert 1,1 liegen und sechs, die darunter liegen würden und fortentwickelt werden müssten.

Der Kreistag beschließt en bloc mit großer Mehrheit bei 4 Enthaltungen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Für die sich abzeichnende Zusatzfinanzierung der Mehrkosten beim Neubau in Höhe von 12,8 Mio. € sind zusätzliche Darlehen von den Rems-Murr-Kliniken aufzunehmen. Die Gesamtkreditfinanzierung für den Klinikneubau Winnenden würde sich dadurch von 207,0 Mio. € (Beschluss KT 21.10.2013) auf bis zu 219,8 Mio. € erhöhen.
2. Zur Finanzierung der Mehrkosten von Haus B ist von den Rems-Murr-Kliniken ein Darlehen in Höhe von bis zu 0,5 Mio. € aufzunehmen.
3. Der Rems-Murr-Kreis übernimmt, vorbehaltlich der Zustimmung durch das Regierungspräsidium Stuttgart, eine zusätzliche Ausfallbürgschaft in Höhe von max. 13,3 Mio. € zugunsten der Rems-Murr-Kliniken gGmbH.
4. Zur Sicherung der Ausfallbürgschaften durch den Rems-Murr-Kreis in Höhe von max. 13,3 Mio. € ist auf dem Klinikgrundstück in Winnenden eine erstrangige Grundschuld zu Gunsten des Rems-Murr-Kreises in Höhe des verbürgten Betrages einzutragen.

Der Kreistag beschließt en bloc einstimmig bei 4 Enthaltungen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Zur Zwischenfinanzierung der aktivierbaren Vermögensschäden in Höhe von bis zu 5,9 Mio. € ist von den Rems-Murr-Kliniken ein Darlehen in Höhe von bis zu 5,9 Mio. € aufzunehmen. Das Darlehen wird zu den derzeit günstigsten Marktkonditionen aufgenommen.
2. Der Rems-Murr-Kreis übernimmt, vorbehaltlich der Zustimmung durch das Regierungspräsidium Stuttgart, eine zusätzliche Ausfallbürgschaft in Höhe von bis zu 5,9 Mio. € zugunsten der Rems-Murr-Kliniken gGmbH.
3. Zur Sicherung der Ausfallbürgschaften durch den Rems-Murr-Kreis in Höhe von bis zu 5,9 Mio. € ist auf dem Klinikgrundstück in Winnenden eine erstrangige Grundschuld zu Gunsten des Rems-Murr-Kreises in Höhe des verbürgten Betrages einzutragen.

Der Kreistag beschließt einvernehmlich zur Geschäftsordnung:

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes 1 c) wird vertagt auf die Sitzung des Kreistags am 20.10.2014.

Auszüge:

3 Geschäftsbereich Verkehr

1 Dezernat II

1 Kreisprüfungsamt

## § 2

### Nachnutzung der Klinikareale Backnang und Waiblingen; weiteres Vorgehen in Sachen Grundstücksveräußerungen sowie Abbruch- und Erschließungsmaßnahmen'

Bereits übersandte Drucksachen: 2014-46-VSKA07.07., 2014-32-VSKA12.05., 2013-59-VSKA23.09., 2011-04-VSKA21.03., 2011-35-VSKA30.05., 2011-74-VSKA26.09., 2012-72-VSKA24.09. und 2013-13-VSKA08.04

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und legt einleitend dar:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

Bestandteil der Grundsatzentscheidung zum Klinikneubau am 14.07.2008 war, dass der Rems-Murr-Kreis die Verantwortung übernimmt, für die stillzulegenden Krankenhausliegenschaften in Backnang und Waiblingen eine der städtebaulichen Struktur angemessene Nachnutzung zu ermöglichen. Dieser Prozess wird durch die kreiseigene Rems-Murr-Immobilien-gesellschaft koordiniert. Für Backnang und Waiblingen wurde ein Lenkungsausschuss konstituiert, der sich jeweils aus Vertretern des Kreistages und der örtlichen Gemeinderäte zusammensetzte. In engem Benehmen sind in den vergangenen vier Jahren eine Vielzahl möglicher Verwaltungsoptionen geprüft und auf ihre Standorttauglichkeit näher untersucht worden. Zwischenzeitlich konnte für beide Standorte der zukünftige Mix geeigneter Grundstücksnutzungen einvernehmlich festgelegt werden. Nunmehr soll mit der operativen Umsetzung begonnen werden. Hierzu zählen der Abbruch der bestehenden Gebäude, der Verkauf der Flächen an die zukünftigen Investoren und Betreiber und nicht zuletzt auch die notwendige innere Erschließung. Um diesen Prozess zügig voranzubringen, soll hierfür die Kreisbaugesellschaft die Federführung übernehmen. Aus formalen Gründen ist es erforderlich, beide Krankenhausareale komplett an die Kreisbaugesellschaft zu veräußern. Die Kreisbau hat sodann die Möglichkeit, ohne europaweite Ausschreibung die erforderlichen Rückbauarbeiten zu beauftragen. Dies garantiert eine zeitnahe und preiswürdige Durchführung der anstehenden Abbrucharbeiten. Die Grundstücksveräußerung an die Kreisbaugesellschaft war zugleich Anlass, durch einen Sachverständigen die Wertstellung der Grundstücksflächen unter Berücksichtigung der zukünftig konkretisierten Verwendung aktuell zu ermitteln. Gegenüber der von HWP im Jahr 2003 ohne konkrete Nutzungsdefinition vorgenommenen Pauschalwertberechnung ergibt sich eine Differenz von 3,2 Millionen Euro. Insofern war die damals sehr allgemein gehaltene und nicht auf konkrete Nutzungen abgestellte Grundstücksbewertung sicherlich optimistisch, was sich daraus erklärt, dass geeignete Nachnutzungsüberlegungen und eine detaillierte Abbruchkostenkalkulation noch nicht



vorlagen. Im Rahmen einer Risikoabwägung zwischen Landkreis und Kreisbaugesellschaft wurden im Kaufvertrag entsprechende Regelungen vorgesehen, die sowohl für Unvorhersehbares wie auch für einen erwirtschafteten Vorteil einen angemessenen Ausgleich zwischen Vertragspartnern gewährleisten. Hierzu wird Herr Braune im Detail eingehen. Wichtig ist anzumerken, dass die gewählten Vertreter des Kreises und deren Organe in vollem Umfang in alle Schritte des Verwertungsprozesses der Krankenhausareale eingebunden sind. Ebenso sitzen die Vertreter von Backnang und Waiblingen mit am Tisch und können damit im Rahmen ihrer Planungs- und Gestaltungshoheit die zukünftige Entwicklung der aufzulösenden Krankenstandorte unterstützen und begleiten.“

Geschäftsführer Braune, Kreisbaugesellschaft, erläutert die Drucksache 2014-46 anhand einer Präsentation, die den Mitgliedern des Kreistags ausgehändigt wurde und die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Dr. Nopper führt für die CDU-Fraktion aus:

„Verehrter Herr Landrat,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrte Damen und Herren,

die Nachnutzungsbemühungen um die Klinikareale Backnang und Waiblingen sind in Anlehnung an die berühmten Worte von Max Weber zur Politik im Allgemeinen: ‘...ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.’ Es war von vornherein klar, dass die Nachnutzung an beiden Standorten das starke, langsame Bohren von harten Brettern bedeuten würde. Es war von vornherein klar, dass keine Nachnutzung letztlich die Vornutzung mit einem Allgemeinkrankenhaus, mit einem Krankenhaus für die gesamte Bevölkerung würde ersetzen können – nicht unter dem Aspekt der medizinischen Versorgung nahe beim Menschen, nicht unter dem Aspekt der Arbeitsplätze, nicht unter dem Aspekt der allgemeinen Standortwirkung. Die Nachnutzungsmodelle in Backnang und Waiblingen ähneln sich einerseits und unterscheiden sich andererseits. Sie ähneln sich insoweit, als an beiden Standorten die großen Krankenhaus-Parkdecks erhalten bleiben und die Kernnachnutzungen durch Wohnungsbau ergänzt werden sollen. Sie unterscheiden sich dadurch, dass in Backnang im Schwerpunkt eine medizinische, gesundheitsnahe Nutzung angestrebt wird und in Waiblingen im Schwerpunkt eine Nachnutzung durch Behörden von Land und Kreis. In Backnang ist in Vollzug des Neubaubeschlusses vom 14. Juli 2008 bereits ein Gesundheitszentrum mit bislang acht Facharztpraxen und insgesamt 16 Fachärzten, mit einer Apotheke und mit einem Therapiezentrum entstanden. Der medizinische Mehrwert im Vergleich zur

bisherigen ambulanten Versorgung in Backnang ergibt sich aus zusätzlichen medizinischen Fachrichtungen, einem ambulanten OP-Saal und einer Notfallpraxis. Das Dialysezentrum in privater Trägerschaft mit 37 Betten bleibt auf dem Areal. Die Räumlichkeiten der bisherigen Krankenpflegeschule sollen nicht nur für Teile der Landkreisverwaltung genutzt werden, sondern auch niederlassungswilligen Ärzten, gerade auch Kinderärzten angeboten werden. Auf der großen Restfläche sollen Alten- und Pflegeeinrichtungen – gerade auch für Menschen mit besonderen Erscheinungsformen demenzieller Erkrankung sowie Einrichtungen der Tagespflege für ältere und kranke Menschen entstehen.

In Waiblingen kommen im Schwerpunkt Behörden von Kreis und Land – zum einen im bisherigen Appartementhaus das zentrale Grundbuchamt und zum anderen wohl auch das dann gebäudlich zusammengefasste Sozialdezernat des Rems-Murr-Kreises. Auf beiden Klinikarealen sind die Nachnutzungen noch nicht in trockenen Tüchern – jedenfalls noch nicht in vollem Umfang. Auf beiden Klinikarealen müssen der Landkreis und seine Tochtergesellschaften einen finanziellen Tribut leisten. Zum einen ergibt sich dies aus dem Beschluss vom 14. Juli 2008 und zum anderen aus der moralischen Verpflichtung des Landkreises für die verwaisten Klinikareale. Apropos finanzieller Tribut: Die Stadt Backnang hat der Rechtsvorgängerin des Rems-Murr-Kreises, dem Oberamt Backnang, das Krankenhausgrundstück im Inflationsjahr 1923 überlassen - großzügiger Weise wurde der Grundstückskaufpreis gestundet und später dann auf Dollarbasis bezahlt. Zusammengefasst: Die angestrebten Nachnutzungen in Backnang und Waiblingen können den Verlust eines Allgemeinkrankenhauses niemals ausgleichen. Es bleibt Kreis und Standortkommunen nur, das Beste aus dieser schwierigen Situation zu machen. Die Vorstellungen in Waiblingen und in Backnang sind klar. Waiblingen steht im Kern für behördliche Nachnutzungen, Backnang steht im Kern für gesundheitsnahe medizinische Nachnutzungen. Vor diesem Hintergrund gab mir auch vor wenigen Tagen der Zwischenruf eines Kreisrats aus einer befreundeten Nachbarkommune nordöstlich von Backnang Rätsel auf, der die Nachnutzungspläne in Backnang als zu wenig konkret kritisierte. Ich kann ihm von hier aus nur zurufen: Lieber Freund, du weißt doch ganz genau, mit welcher Entschlossenheit, mit welcher Einigkeit und mit welchem Engagement von Stadt und Kreis wir uns ganz konkret um die verschiedensten gesundheitsnahen Nachnutzungen bemühen und bemüht haben und wie schwer dies im Gesundheitsbereich angesichts der Abhängigkeit von Kostenträgern ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Nachnutzungen ist es letztlich ohne Belang, ob die Grundstücke dem Landkreis oder der Kreisbaugesellschaft gehören. Für den Landkreis ist die Veräußerung in dieser angespannten Lage wohl unabwendbar, da ansonsten die Liquidität der Rems-Murr-Kliniken nicht nachhaltig abgesichert werden kann. Die Grundstücksveräußerung an die Kreisbaugesellschaft ist deswegen in der Sache nicht zu beanstanden, ist aber ein schrilles Alarm-

signal für den Rems-Murr-Kreistag.“

Kreisrat Kelemen erklärt für die SPD-Fraktion:

„Vorweg sei gesagt: Die Kostenüberschreitung beim Projekt Klinikum Winnenden ist mehr als ärgerlich, die veränderte Ertragsprognose ist noch viel schlimmer. Die ganze Entwicklung ist im Grunde eine kleine finanzielle Katastrophe. Manche formulieren das noch drastischer – das konnte man heute schon hören. Mir und der SPD-Fraktion, sehr geehrter Herr Landrat Fuchs, meine Damen und Herren geht es aber heute darum, nach vorne zu schauen, eine Lösung für die Finanzprobleme zu finden und mindestens dabei mitzuhelfen, dass unsere Rems-Murr-Kliniken, speziell ist Winnenden gemeint, angemessene und marktfähige, besser gesagt sehr gute Start- bzw. Betriebsbedingungen bekommen. Eine Möglichkeit dafür ist der uns vorliegende Beschlussantrag. Wenn es mir zum Dach hereinregnet, bitte ich nicht meinen Schwager, den Elektriker um Hilfe und wenn mir eine Scheibe zerbricht, hole ich nicht meinen Schwiegersohn, den Tapezierer, damit er sie überklebt. Jeder Mensch fragt in solchen Fällen einen Fachmann um Rat und Hilfe und wenn er diesen in der Familie hat, ist das doppelt gut. Dieser Logik folgend begrüßen wir die Einschaltung der Kreisbaugruppe, unserer Tochter.

Drei Anmerkungen dazu:

1. Dass die HWP Planungsgesellschaft einen Gesamterlös für den Verkauf der Klinikareale von knapp 12 Millionen Euro prognostizierte, hat offensichtlich etwas mit einem groben Fehler zu tun. Dieser Betrag wurde im Jahre 2003 ausgerechnet. Es ist schon gesagt worden, dass sich bestimmte Dinge, Bewertungen und Nutzungen verändert haben. Letztendlich war es auch ein Stück weit Planungsgrundlage, die wir heute aufzuholen haben. Die Chancen sind ja da, für einen Differenzausgleich zwischen den 12 Mio., die damals veranschlagt wurden und den 9 Mio. Euro, die heute Erlöst werden können. Es ist schon interessant: In ganz Europa sind in allen Speckgürteln rund um große Städte die Immobilienpreise in den letzten 11 Jahren gestiegen. Lediglich in den zwei gallischen Dörfern Backnang und Waiblingen offensichtlich nicht. Da Erlösen wir nun mehr als 3 Millionen Euro weniger. Das freut die Kreisumlagezahler.

2. Die ganzen Behauptungen unter der Überschrift 'Rechte Tasche – Linke Tasche' sind falsch. Als Schwabe sage ich klar: Ein rechter ‚Käsdreck‘. Dass die Schorndorfer Zeitung (bei uns heißt die WKZ halt so), deren Berichterstattung ich sonst als ausgewogen kenne, sich solcher Plattitüden bedient, ist mehr als schade. Denn die Leute lesen das und glauben es dann oftmals auch. Deshalb möchte ich heute deutlich zum Ausdruck bringen: Der Kaufpreis und seine Teilkomponenten wie

Gebäude, Abbruchkosten und Sanierungsmaßnahmen ist ordentlich aufgelistet, gut begründet und somit eine gute, reelle Entscheidungsgrundlage. Die erzielbaren finanziellen Vorteile sind glaubhaft, die vereinbarte spätere Gewinnaufteilung 60/40 zugunsten des Kreises ein Gewinn, der eben verlässlich nur mit der eigenen Tochter vereinbart werden kann. Möglich Probleme im Boden hinsichtlich umweltschädlicher Altlasten bzw. die kostenseitige Regelung dafür, sind ebenfalls sauber definiert. Also hier wurde die Zusammenarbeit ordentlich, präzise und korrekt geregelt.

Ein Drittes noch:

Wir haben den Städten Backnang und Waiblingen eine ordentliche Nachnutzungsregelung zugesagt. Im Gesundheitsbereich wird das auf alle Fälle so kommen. Wenn ich mir die sonstigen Planungen hierfür anschau, gilt das für die Gesamtfläche beider Areale. Sämtliche öffentlichen Kosten dafür bleiben dem Landkreis, das zahlt die Kreisbevölkerung. Was Althütte, Plüderhausen oder Murrhardt von einem 'Quartiershaus mit Mischnutzung' haben, erschließt sich mir nicht. Mir erschließt sich aber, dass von den armen 'Randgemeinden' viel Geld in die wohlhabenden Städte fließt. Leider ist es nicht gelungen, oder es wurde nicht energisch genug verfolgt, für diese Flächen ein Sanierungsgebiet zu organisieren. Dadurch wären Landesgelder aus den entsprechenden Töpfen zu gewinnen gewesen. Mindestens eine versäumte Gelegenheit - oder vielleicht noch eine Chance. Bitte überlegen Sie sich das noch einmal.

Fazit:

Letztendlich ist es eine positive Entscheidung, wie in der Vorlage formuliert, eine Zwischenfinanzierung mit vielen Vorteilen für den Kreis, für die die Kreisumlage zahlenden Gemeinden und, wenn es unternehmerisch sauber gemacht wird, woran ich keinen Zweifel habe, natürlich auch für die Kreisbaugruppe. Deshalb empfehle ich namens der SPD-Fraktion die Zustimmung

Dankeschön!"

Kreisrat Haußmann nimmt für die FDP-FW-Fraktion wie folgt Stellung:

„Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrter Herr Braune  
sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem am Wochenende die Kliniken in Backnang und Waiblingen ihren Betrieb eingestellt haben, kann nun aktiv die Nachnutzung der beiden Grundstücke vorgenommen werden. Im Neubaubeschluss vom 14.07.2008 wurde eine intensive Zusammenarbeit mit den Kommunen beschlossen. In zahlreichen Lenkungssitzungen unter Federführung der RMIM, wurden in den vergangenen Jahren die möglichen Nutzungen konkretisiert. Die nun vorgesehenen bauliche Nutzung sind aus unserer Sicht gute Ergebnisse für die beiden Standorte. In Backnang stand dabei neben einer Wohnbebauung die Nutzung für den Bereich Pflege und Gesundheit im Vordergrund, während in Waiblingen neben der Wohnbebauung der Schwerpunkt im Bereich Verwaltung/Büros liegt.

Die Beschlussvorlage enthält zwei Varianten der weiteren Vorgehensweise: Eigenrealisierung oder Veräußerung. Die Veräußerung beurteilen auch wir aus mehreren Gründen für vorteilhafter. Dabei ist auch insbesondere der zeitliche Aspekt des Abbruchs der Alt-Krankenhäuser ein wichtiges Argument. Dies ergibt schon daraus, dass der Grundstückseigentümer für die Verkehrssicherungspflicht der beiden Areale verantwortlich ist. Derartige leerstehende Großimmobilien haben immer ein größeres Risiko einer unsachgemäßen Nutzung bzw. Betreten durch Dritte. Man stelle sich nur mal vor, dass z.B. Personen in das Gebäude gehen und es dort zu einem Personenunfall kommt.

Aufgrund der Komplexität der Nachnutzung beurteilen wir die Veräußerung an einen Dritten für problematisch. Als Landkreis stehen wir in der Zusage gegenüber Backnang und Waiblingen eine mit den Kommunen abgestimmte vollständige Nachnutzung sicherzustellen. Im Neubaubeschluss steht: 'Eine intensive Zusammenarbeit mit den Kommunen hat hohe Priorität.' Vorgesehen war damals die Federführung der weiteren Vermarktung durch den Geschäftsbereich Finanzen des Rems-Murr-Kreises. Seit dem Neubaubeschluss im Jahre 2008 hat sich die Kreisbaugruppe intensiv weiterentwickelt und hat für den Rems-Murr-Kreis die immobilienwirtschaftliche Dienstleistungen übernommen. Ich erinnere nur an den Nießbrauchsvertrag und an den Miet- und Servicevertrag zwischen dem Rems-Murr-Kreis und der Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbH mit dem der Kreistag beschlossen hat, zum 01.01.2008 die Verwaltung, Bewirtschaftung und Vermietung des kreiseigenen Liegenschaftsbestandes der RMIM zu übertragen. Seit vielen Jahren vertrauen wir auf die wirtschaftliche Kompetenz der Kreisbaugruppe, die sie bei verschiedenen Projekten des Landkreises überzeugend unter Beweis gestellt hat. Der jährliche Immobilien- und Energiebericht der RMIM über die kreiseigenen Liegenschaften unterstreicht dies eindrucksvoll.

Wenn wir bei der weiteren Nachnutzung die politische Steuerungsfunktion kommunaler Gremien sowie auch die Lenkungsausschüsse beibehalten wollen, dann ist der Verkauf der Liegenschaften an die Kreisbaugesellschaft der richtige Weg, sofern die rechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind und die Kreisbaugesellschaft die Finanzierungsvoraussetzungen erfüllen kann, die nicht zuletzt durch die längerfristige Vorfinanzierung aufwändiger sein dürfte.

Bis eine vollständige Nachnutzung unter Dach und Fach ist, sind noch viele Projektschritte umzusetzen. Die Gutachten und Bewertungen zeigen, dass wir die im Neubaubeschluss geplanten Erträge bei weitem nicht erreichen werden. Sind wir beim Neubaubeschluss noch von 11,95 Mio. € Erlöse ausgegangen, so sind es jetzt 2,9 Mio. €. Hinzu kommen mögliche weitere, zum Teil kalkulatorische Erlöse in Höhe von 5,8 Mio. €. Vorausgesetzt, die Abbruchkosten verursachen keine überplanmäßigen Kosten.

Ein weiteres Argument für die Veräußerung an die Kreisbaugesellschaft ist die Partizipation des Landkreises an einer etwaigen Wertsteigerung der Baugrundstücke. Auch wenn wir nicht davon ausgehen, dass größere Reinerträge entstehen, so bietet doch die Regelung eines Besserscheins die Option auf eine finanzielle Beteiligung des Landkreises an Mehrerträgen.

Die Beschlussvorlage sieht unter Ziffer 2 vor, dass die Parkieranlage auf dem Klinikareal Waiblingen dauerhaft beim Landkreis verbleiben soll. Unsere Fraktion stimmt dem Verbleib vom Grundsatz her zu, wir schlagen aber vor, das Wort 'dauerhaft' zu streichen. Damit bleiben auch in Zukunft verschiedene Optionen möglich, sollten sich in der weiteren Entwicklung der Nachnutzung andere Überlegungen ergeben.“

Kreisrat Ostfalk gibt für die Fraktion der Freien Wähler die nachstehende Stellungnahme ab:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,  
sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,  
verehrte Zuhörer ,

wir Freien Wähler unterstützen die Bemühungen der Landkreisverwaltung in enger Zusammenarbeit mit den beiden Städten Waiblingen und Backnang für eine sinnvolle und auch möglichst zeitnahe Nachnutzung der beiden freigewordenen Klinikstandorte. In Waiblingen ist die Planung und Realisierung der Nachnutzung im Großen und Ganzen in trockenen Tüchern.

Im Appartementhaus wird nach entsprechendem Umbau Ende kommenden Jahres die künftige Grundbuchabteilung des Amtsgerichts ihren Betrieb aufnehmen. Außerdem kann das Sozialdezernat dort zentral untergebracht werden, was auch für den Kreis Einsparmöglichkeiten im laufenden Betrieb bringen kann, sowie Wohnungsneubauten entstehen. Der Mietvertrag für das Grundbuchamt ist abgeschlossen und der Bebauungsplan vom Gemeinderat im Entwurf beraten und ihm wurde einstimmig zugestimmt. In der Bürgeranhörung kamen keine Überraschungen. Waiblingen erkennt die Chance, die sich aus der Neugestaltung der rund 3,4 Hektar ergeben. Deshalb kann hier das Grundstück auch bedenkenlos veräußert werden. In Backnang hingegen sehe ich es aber noch nicht so eindeutig geregelt. Ich wiederhole, noch nicht... Bisher hat der Gemeinderat der Stadt Backnang, auch OB Dr.Nopper, immer verlangt, zuletzt vor wenigen Minuten, dass das Krankenhausareal überwiegend für medizinische und gesundheitsbezogene Zwecke genutzt wird, wie es auch auf Seite 2 unter 'klein a)' nachzulesen ist. Wir als Kreistag haben uns mit viel Energie und auch mit großen finanziellen Mitteln dafür eingesetzt, dass mit dem Gesundheitszentrum samt Notfallpraxis zumindest ein kleiner aber medizinisch durchaus ansprechender Ausgleich für den Wegfall des Krankenhauses geschaffen wird. Auch die Erweiterung des Dialysezentrums ist grundstücksmäßig schon erfolgt. Leider konnten selbst die verschiedenartigsten Ansätze für eine weitere medizinische oder gesundheitsbezogene Nutzung nicht realisiert werden und dies trotz des engagierten Einsatzes der Kreisbaugruppe mit zusätzlicher sachkundiger Unterstützung von Krankenhausberatern. Hier sollte Backnang endlich erkennen, dass eine weitere medizinische Nutzung in größerem Umfang oder gar eine kleine Klinik nicht kommen. Der jetzt vorliegende Entwurf mit einem Haus für die Pflege von sehr stark dementen Menschen, einer Kindertagesstätte, betreute Seniorenwohnungen, dem Quartiershaus und Wohnungsbau in größerem Umfang scheint hier viel eher zu realisieren sein.

Aber nach Aussage auf Seite 3 der OS 2014-46-VSKA kommt ein Baubeginn ohnehin nicht vor Mitte 2016, also frühestens in zwei Jahren in Betracht. Nachdem wir nicht nachlesen konnten, dass es

eine grundsätzliche Zustimmung des Gemeinderats zum jetzt vorliegenden Konzept gibt und bisher auch noch keine Investoren sondern nur Interessenten vorhanden sind, sehen wir Freien Wähler derzeit, ich wiederhole, derzeit, im Augenblick, noch keinen Anlass das Eigentum vom Landkreis auf eine Kreisbaugesellschaft zu übertragen. Wir geben unser Entscheidungsmitpracherecht als Kreistag an die Kreisbau weiter und auch das Risiko, dass die Kreisbaugesellschaft die Fläche nicht verkaufen kann, weil es keinen attraktiven Bebauungsplan gibt. Das hört sich nun an, als ob ich den Teufel an die Wand male, aber ich will deutlich machen, wir liefern uns dem Wohl und Wehe der Stadt Backnang aus. Auch wir sind dafür, dass wir schnellstens die Krankenhausfläche sinnvoll verwerten. Aber es muss auch wirtschaftlich vertretbar und hier und heute verantwortbar sein. Ich frage die Landkreisverwaltung: Ist die Stadt Backnang in der Bauleitplanung schon so weit, dass wir darauf vertrauen können? Gibt es entsprechende Beratungen und Beschlüsse im Gemeinderat der Stadt Backnang, dass wir als Eigentümer die Gebäude bedenkenlos abrechen können? Stellen Sie sich vor, wir brechen in Kürze ab, ohne neuen Bebauungsplan, der uns die Werthaltigkeit sichert, dann hätten wir nach dem Abbruch als Kreis bzw. Kreisbau ein Grundstück als Grünanlage, auf dem wir laut Bebauungsplan nur ein Krankenhaus errichten dürften. Daher darf der Abbruch erst dann erfolgen, wenn der neue Bebauungsplan als Satzung beschlossen ist. Ich persönlich zweifle nicht am Willen der Stadt Backnang an einer Nachnutzung. Aber der Hinweis des Oberbürgermeisters, dass wir uns ganz entschlossen für eine gesundheitliche Nachnutzung einsetzen, unterstreicht meine Bedenken. Endlich ein klares 'Ja' zum vorliegenden Neubebauungskonzept des Krankenhausareals hätte meine sofortige Zustimmung zur Folge. Aber Millioneninvestitionen kann ich und viele von uns auch nur zustimmen, wenn es mehr als einen Aufstellungsbeschluss gibt und der örtliche Gemeinderat eindeutig feststellt, dass der Entwurf seinen Vorstellungen entspricht. Den Verkauf und Abbruch so zu hinterfragen, wurde vor allem durch die vorliegenden Zahlen verursacht. Wir Freien Wähler werden nicht alle dem Verkauf zustimmen, denn laut Gutachten soll der Verkaufserlös des Grundstücks in Backnang bei 2.540.000 € liegen. Der Abbruchkostenvoranschlag geht von einer Summe von 3.280.000 € aus und das Kostenrisiko für Altlasten und Unvorhergesehenes, gibt allein schon 740.000 €. Hinzu kommen noch die Bewirtschaftungskosten, die noch nicht benannt sind und die pauschalen Verwaltungskosten mit 520.000 €, die ich aber nur mit der Hälfte, also 260.000 € angenommen habe, obwohl in Backnang vermutlich mehr bzw. länger zu tun sein wird als in Waiblingen, die Erschließungskosten noch gar nicht erwähnt. Das bedeutet konkret, dass wir mit unserem Beschluss leider kein Geld für die 'Nach'-finanzierung des Krankenhausneubaus erwirtschaften, sondern heute den Auftrag an die Kreisbau vergeben, weitere, zumindest eine weitere Million Euro auszugeben. Wenn Herr Kelemen so gute Zugänge zur Landesregierung hat und uns Fördergelder für die Sanierung bzw. Nachnutzung besorgen kann, nehmen wir dieses Geld natürlich sehr gerne an.



Ich beantrage, sehr geehrter Herr Landrat Fuchs, über den Verkauf der Grundstücke in Waiblingen und Backnang separat abstimmen zu lassen. Vielen Dank“

Kreisrat Messinger erklärt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Sehr geehrter Herr Landrat,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Gäste,

am vergangenen Wochenende sind die Kliniken Backnang und Waiblingen in das neue Rems-Murr-Klinikum Winnenden umgezogen. Hardware, Software, das Personal und die Patientinnen und Patienten sind nun wohlbehalten am neuen Klinik-Standort Winnenden angekommen. Das war ein riesiger Kraftakt. Dafür möchten wir ein herzliches Dankeschön an alle Beteiligten aussprechen. Zurück bleiben nicht nur zwei ausgediente Krankenhäuser mit einer jeweils eigenen Erfolgsgeschichte, sondern auch zwei städtebaulich interessante Flächen in Waiblingen und Backnang. Für uns Grüne war es von Anfang an wichtig, dass an beiden Standorten, eine sinnvolle Nachnutzung sichergestellt werden muss.

Bereits im März 2010, nach dem ersten Spatenstich des Klinikneubaus Winnenden, begannen die beiden Lenkungsausschüsse zur Erarbeitung von Nachnutzungskonzepten für die beiden Klinikflächen in Backnang und Waiblingen mit der Arbeit. Nun liegen nach 4 Jahren Arbeit die ersten entscheidungsreifen Vorschläge vor. Die Nachnutzungskonzepte sind für beide Standorte noch bei weitem nicht komplett. In weiten Teilen sollten sie weiter bearbeitet werden. Vom Wunsch, die beiden Krankenhäuser, zumindest mit Teilbereichen als Baukörper zu erhalten und einer Umnutzung zuzuführen, musste relativ früh Abstand genommen werden. Die Expertisen zeigten auf, dass dies unwirtschaftlich wäre bzw. es fanden sich keine Interessenten, die in den bestehenden Häusern weitergearbeitet hätten.

Wir Grünen haben immer den Wunsch der Stadt Backnang unterstützt, dass dort eine medizinische oder gesundheitsnahe Nachnutzung zum Tragen kommt, um den Verlust des örtlichen Krankenhauses wenigstens ein Stück weit kompensieren zu können. Neben dem Aspekt der Teilkompensierung des wegfallenden zentralen Gesundheitsangebotes für die Bürgerinnen und Bürger im Raum Backnang, war auch der Aspekt des Erhalts von Arbeitsplätzen im Mittelzentrum Backnang wichtig. Für den Standort Backnang konnte die Zielsetzung einer medizinischen Nachnutzung durch den Neubau eines Gesundheitszentrums auf dem Gelände des ehemaligen Schwesternwohnheimes

zumindest mit einem wichtigen Anschnitt realisiert werden. Die intensiven Bemühungen um eine Nachnutzung des eigentlichen Krankenhausgebäudes, beispielsweise in Form eines Fachkrankenhauses oder einer Reha-Klinik, führten leider zu keinem Realisierungsansatz. Es wurde deutlich, dass auch für andere Nachnutzungen, ein Abbruch der bisherigen Gebäudesubstanz leider unausweichlich ist. Die Sicherstellung der Fortführung des Dialysezentrums, der geplante Bau einer Pflegeeinrichtung für dementiell Erkrankte sowie von betreuten Seniorenwohnungen sind weitere wichtige Bausteine im Sinne einer gewünschten und zukunftsorientierten Nachnutzung in Backnang. Die Ergänzung mit einem Mehrgenerationenhaus sowie einem Quartiershaus als Mittelpunkt des ganzen Areals, halten wir für sehr wünschenswert. Hierzu gibt es andernorts sehr gute Konzepte, die zu einer enormen Aufwertung des bisherigen Krankenhausareals und Schaffung einer hohen Wohn- und Lebensqualität der dortigen Bewohner führen kann. Hier gilt es in Zusammenarbeit von Landkreis und Stadt Backnang, die im Raum stehenden Konzepte baldmöglichst zu konkretisieren. Ich würde auch gern die Ausführungen von Herrn Ostfalk aufgreifen: Natürlich ist es wichtig, dass die Voraussetzungen dafür, dass das was jetzt an Nachnutzungskonzepten vorliegt, auch tatsächlich umgesetzt werden kann; dass es hier keinen Bruch gibt, muss auf jeden Fall sichergestellt sein. Zwischen Abbruch und Neubau darf jedenfalls keine große Lücke entstehen.

Für den Standort Waiblingen sind die Wege ebenfalls vorgezeichnet. Nach langen, zähen Verhandlungen mit Vermögen und Bau und dem Finanzministerium durch die Verwaltung und die Projektsteuerer ist es gelungen, das Apartmenthaus an das Land zu vermieten. Nach erfolgter Sanierung werden dort nun die Grundbuchämter des Amtsgerichts Waiblingen Ihre Arbeit aufnehmen können. Wir Grünen haben das immer unterstützt. So hat sich unser Landtagsabgeordneter Willi Halder im Mai letzten Jahres intensiv und erfolgreich für eine stadtnahe und somit bürgerfreundliche Etablierung der Grundbuchämter am Standort Waiblingen beim Justizministerium eingesetzt. Das Ziel, das Justizzentrum noch komplett nach Waiblingen zu holen hat der Lenkungsausschuss noch nicht aufgegeben und deshalb noch Flächen vorgehalten. Aktuell geplant ist die Zusammenlegung der Dienststellen des Sozialdezernats. Die Frage der Finanzierung und des Raumkonzeptes können nun angegangen werden.

Die Umsetzung der komplexen Vorhaben, die das Zusammenwirken vieler Akteure erfordert, ist bei der Kreisbaugruppe aus unserer Sicht in guter Hand. Die Zusammenarbeit der beiden Städte, dem Landkreis und der jeweiligen Gremien verläuft sehr gut. Wichtig ist uns daher, dass die Lenkungsausschüsse in der bisherigen Form weiter eingebunden sind. Dies stellt sicher, dass die vielfältigen Ideen in der Zusammenarbeit der Städte Waiblingen und Backnang mit dem Landkreis bei der Konversion der bisherigen Krankenhausareale fruchtbar ausgetauscht werden und der gesamte Prozess in konstruktiven Bahnen verläuft.

Nun zu den finanziellen und wirtschaftlichen Bestandteilen der Vorlage:

Eine wesentliche Veränderung zu den bisherigen Planungen besteht ja darin, dass die beiden Areale zum jetzigen Wert, auf Abriss, an die Kreisbau verkauft werden sollen. Die Abrisskosten sollen erst später, auf Nachweis - und nicht mehr sofort - durch den Kreis finanziert werden.

Die Vermutung liegt nahe, dass diese neue Variante der aktuellen Baukosten- und Defizitentwicklung der Rems-Murr-Kliniken geschuldet ist. Wir hätten es daher für sauberer erachtet, wenn die Verwaltung diesen Aspekt auch klar benannt hätte. Wir sehen aber auch, dass es noch weitere Gründe gibt, so zu verfahren: sei es das genannte einfachere Vergabeverfahren oder die praktikablere Gesamtdurchführung der Projekte über die Kreisbau. Wir Grünen können uns daher mit dieser Lösung anfreunden. Wenn sich diese Variante günstiger darstellt, haben wir aber auch die Erwartung, dass es zu keinen Abbruchkosten in Höhe von über 7 Mio. Euro kommt, sondern dass diese sich eher in Richtung 5 Mio. Euro bewegen, so wie es man beim Finanzierungsbeschluss noch eingeplant hatte. Und natürlich hoffen wir, dass keine Altlasten auftauchen, die zu weiteren Kostenproblemen führen.

Wir Grünen stimmen aus den genannten Gründen der Vorlage zu und wünschen uns eine konstruktive und erfolgreiche Fortführung der Nachnutzungsplanung der Krankenhausareale in Waiblingen und Backnang. Herzlichen Dank, insbesondere an Herrn Geschäftsführer Braune, als Motor des Prozesses sowie an alle weiteren Beteiligten. „

Kreisrat Rathgeb ist gegen den Verkauf der alten Klinikgebäude an die Kreisbau. Dieser Verkauf entziehe der Kreisbaugesellschaft Waiblingen Investitionsmittel, die dringend für den Bau für mietgünstige Wohnungen benötigt werden. Es könne nicht sein, dass die armen Menschen im Kreis für die Neuverschuldung zahlen müssten.

Kreisrat Dr. Nopper erklärt, erklärt zum Redebeitrag der Freien Wähler, nachdem Kreisrat Ostfalk dem Lenkungsausschuss angehöre, hätte er wissen müssen, dass sowohl unter dem Gesundheitszentrum, dem Dialysezentrum sowie unter sämtlichen alten und pflegerischen Nachnutzungen, eine gesundheitsnahe Nachnutzung zu verstehen sei. Außerdem habe sich die Stadt Backnang längst, von der angestrebten Kliniknachnutzung verabschiedet. Im Übrigen würde die man gerne das Sozialdezernat des Rems-Murr-Kreises oder aber das zentrale Grundbuchamt des Landes Baden-Württemberg nehmen.

Herr Landrat Fuchs nimmt zu den vorstehenden Redebeiträge Stellung und legt dar, es sei wichtig,

dass der Konversionsprozess an beiden Standorten zügig in Angriff genommen werde und sich für die Städte nicht über Jahre eine Kulisse ohne Nutzung etabliere. Es sei richtig, dass die Stadt Backnang beim Findungsprozess der zukünftigen Verwendung großen Wert darauf gelegt habe, Möglichkeiten und Chancen einer medizinnahen und rehabilitativen Nachnutzung zu untersuchen. Dies sei gutachterlich analysiert worden und man habe Alternativen abgewogen sowie die jeweiligen Marktpotenziale erheben lassen. Ergebnis sei, dass es bei der Gesundheitsversorgung im Rems-Murr-Kreis derzeit keine Versorgungslücke gebe und keine Chance bestehe, einen privaten oder öffentlichen Investor hierfür zu finden. Hierüber sei ein sehr offener und konstruktiver Dialog im Lenkungsausschuss geführt worden. Der Planungsprozess sei in Backnang genauso weit vorangeschritten wie in Waiblingen. Es gebe einen Aufstellungsbeschluss und Beschlüsse in den jeweiligen Gremien was die Nutzungsverteilung betreffe. Damit sei die Grundlage geschaffen, dass jetzt auch im Einzelnen die inhaltlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes erfolgen und dieser in der Öffentlichkeit erörtert werden könne. Heute gehe es darum, den „Startschuss“ dafür zu geben, dass die Liegenschaften an die Kreisbaugesellschaft gehen, damit der operative Umsetzungsprozess begonnen werden könne. Die erste Maßnahme hierbei sei die Ausschreibung der Abbruchmaßnahmen. Er sei der RMIM dankbar, dass sie die Lenkungsausschüsse professionell koordiniert und organisiert habe.

Kreisrat Hesky bedankt sich bei Landrat Fuchs für die Klarstellung, dass in Backnang die Entscheidung getroffen worden sei, dass keine medizinische Nachnutzung erfolge und Kreisrat Dr. Nopper definiert habe, was als „gesundheitsnah“ definiert werde. Im Hinblick auf die Werthaltigkeit sei es nämlich ein großer Unterschied, ob ein werthaltiges Grundstück auf die Kreisbau übertragen werde, oder ob es sich um eine Gemeindebedarfsfläche handle, die nur wenig wert sei. Er verlasse sich auf die Aussage von Landrat Fuchs, dass das Grundstück bezogen auf die Flächen, mindestens so werthaltig sei wie in Waiblingen. Wenn dies so stimme, gebe es für seine Fraktion keinen Grund mehr, dem nicht zuzustimmen. Er bitte auch zu beachten, dass in Backnang 1 Mio. Euro zusätzlich aufgewendet werden müsse, was auch nicht so weitergehen dürfe.

Landrat Fuchs erinnert daran, dass die Inhalte der Nachnutzung in engem Benehmen und im Dialog mit den jeweiligen Vertretern der betroffenen Städte diskutiert und definiert werden sollten. Hieran habe man sich gehalten und sich die erforderliche Zeit gelassen. In bestimmten Fällen sei man auch nicht an das Optimum gegangen, was die möglichen Vermarktungserlöse betreffe, sondern es sei darum gegangen, zusammen mit der Gemeinde festzulegen, was der Struktur der jeweiligen Stadt diene und wie positive Effekte erzielt werden könnten.

Landrat Fuchs sagt zu, dass wie von Kreisrat Haußmann vorgeschlagen die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages ohne das Wort „dauerhaft“ zur Abstimmung gestellt werde.

Auf Antrag der Fraktion der Freien Wähler zur Geschäftsordnung, erfolgt eine getrennte Abstimmung über die Veräußerung der Klinikareale in Ziff 1 a) des Beschlussvorschlags.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen den modifizierten Beschlussvorschlag:

1. Veräußerung der Klinikareale an die Kreisbaugesellschaft

a) Dem Verkauf

- des Klinikareals Backnang (Karl-Krische-Straße 5 – 11 / Weissacher Str. 12 - 14, Flst. 2419) für 126 EUR/m<sup>2</sup> (bei einer Fläche von voraussichtlich ca. 20.127 m<sup>2</sup> ergibt sich ein Kaufpreis i.H.v. 2,540 Mio. EUR)

an die Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH wird zugestimmt.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme den modifizierten Beschlussvorschlag:

1. Veräußerung der Klinikareale an die Kreisbaugesellschaft

a) Dem Verkauf

- einer Teilfläche des Klinikareals Waiblingen (Winnender Str. 15 – 26 und 28-47/Auf der Linde 12, Flst. 5074) für 263 EUR/m<sup>2</sup> (bei einer Fläche von voraussichtlich ca. 29.482 m<sup>2</sup> ergibt sich ein Kaufpreis: 7,750 Mio. EUR)

an die Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH wird zugestimmt

Der Kreistag beschließt en bloc mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung:

- b) Die tatsächlichen Kosten für den Abbruch der Bestandsbebauung, welche sich nach den vorliegenden Ermittlungen auf 7,37 Mio. EUR belaufen, werden der Kreisbaugesellschaft auf Nachweis erstattet.
  - c) An der geplanten Wertsteigerung im Zuge der bevorstehenden Baureifmachung der Baugrundstücke soll der Landkreis durch einen 'Besserungsschein' im Kaufvertrag mit einer Quote von 60 % partizipieren.
  - d) Die Verwaltung wird dazu ermächtigt, die Grundstücksveräußerung an die Kreisbaugesellschaft gemäß dieser Vorgaben und der in der Vorlage erläuterten Eckpunkte des Kaufvertrages zu vollziehen.
2. Die Parkieranlage auf dem Klinikareal Waiblingen (künftiges Flst. 5074/4 und 5074/5) mit einer Fläche von ca. 3.827 m<sup>2</sup> und einem ermittelten Verkehrswert von 1,41 Mio. EUR soll beim Landkreis verbleiben.
3. Die Konversion der beiden Klinikareale soll weiterhin durch die beiden örtlichen Lenkungsausschüsse begleitet werden; einer Neubesetzung der Lenkungsausschüsse durch die Kreistagsfraktionen wird zugestimmt.
4. Dem VSKA als zuständigem Ausschuss ist weiterhin halbjährlich über die Fortschritte bei der Konversion und Nachnutzung der Klinikareale zu berichten.

Auszüge:

2 Kreisbaugruppe

2 Dezernat II

### § 3

#### Parkierungsanlage Klinikum Winnenden einschl. Bürgerschaft des Rems-Murr-Kreises

#### Drucksache 2014-50a-KT21.07.

#### Drucksachen 2014-50-VSKA07.07. und 2014-30-VSKA12.05.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen und führt einleitend aus, der neue Gesundheitscampus in Winnenden decke ein breites Spektrum medizinischer Dienstleistungen ab. Wesentlicher Standortfaktor sei deshalb eine leistungsfähige Anbindung an den ÖPNV. Wichtig sei aber auch die Verfügbarkeit eines auskömmlichen Stellplatzangebotes. Die bislang vorgesehenen 700 Stellplätze würden zwar die baurechtlichen Anforderungen überschreiten, erscheinen aber im Hinblick auf die unterschiedlichen Nutzeransprüche als nicht auskömmlich. Er mache keinen Hehl daraus, dass die Überlegungen zur Erweiterung der Parkierungskapazität bereits früher in den Gremien thematisiert werden sollen hätten. Das vorliegende dreistufige Erweiterungskonzept gewährleiste einen bedarfsangepassten Ausbau der Stellplatzkapazität und schaffe auch Ausbaureserven im Falle der Ansiedlung weiterer medizinischer Dienstleistungen. Das Ausbaukonzept sehe vor, dass bis Sommer 2015 durch ein eingeschossiges Parkdeck 190 weitere Stellplätze bereitgestellt werden. Durch Zuerwerb von drei Grundstücken solle die Kapazität bis zum zweiten Halbjahr 2015 nochmals um 140 Stellplätze aufgestockt werden können. In einer dritten Phase könnten bei Bedarf durch ein Parkhaus, nochmals 140 Parkplätze angeboten werden. Die bedeute, dass bis zum Jahr 2015 die Aufstockung des Parkplatzangebotes von bisher 1,1 pro Bett auf 1,7 pro Bett erfolge und eine Entwicklungsreserve mit nochmals 1,9 pro Bett zur Verfügung stehe. Die dargestellten Erweiterungen sollen durch die kreiseigene Rems-Murr-Gesundheitsgesellschaft finanziert, gebaut und bewirtschaftet werden, wobei diese Flächen nach Fertigstellung für Patienten und Besucher zur Verfügung stünden. Die Mitarbeiter würden auf den von den Rems-Murr-Kliniken bereits fertiggestellten Stellflächen parken. Mit dieser Parkraumbewirtschaftung könne auch der Rems-Murr-Gesundheitsgesellschaft eine Kompensationsmöglichkeit für den verzögerten Umzug des Krankenhauses ermöglicht werden. Durch die Beteiligung beider Kreisgesellschaften, würden sinnvolle Rahmenbedingungen für die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Parkraumangebots auf dem Klinikgelände geschaffen.

Geschäftsführer Braune, RMG, erläutert die Drucksachen 2014-50 und 2014-50a anhand einer Präsentation, die den Mitgliedern des Kreistags ausgehändigt wurden und die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig bei 3 Enthaltungen den Beschlussvor-

schlag der Verwaltung:

- 1) Der Rems-Murr-Kreis übernimmt zu Gunsten der RMG eine Bürgschaft in Höhe von bis zu 2.480.000,-- EUR (maximal 80 % der voraussichtlichen Herstellkosten) zur Erweiterung und Errichtung einer Parkierungseinrichtung auf dem Gesundheitscampus Winnenden.
- 2) Die Avalprovision beträgt jährlich nachschüssig 0,3 v. H. auf das jeweils zum Ende eines Kalenderjahres noch verbürgten Kreditvolumens.
- 3) Zur Sicherung der Ausfallbürgschaften durch den Rems-Murr-Kreis in Höhe von 2.480.000,-- EUR ist auf den sich im Eigentum der RMG befindenden Grundstücken eine erstrangige Grundschuld zu Gunsten des Rems-Murr-Kreises in Höhe des verbürgten Betrages einzutragen.
- 4) Für den Fall einer Nichtrealisierung der baulichen Nutzung der von der Kreisbaugesellschaft zu erwerbenden Flurstücke (7148, 7149, 7150) übernimmt der Rems-Murr-Kreis 50 % des möglichen Verlustes der Grundstückswerte.

Auszüge:

2 Kreisbaugruppe  
1 Rems-Murr-Kliniken  
2 Dezernat II



## § 4

Information über die Finanzierungssituation der RMG GmbH & Co. KG – Geplante  
Gewährung eines Darlehens des Rems-Murr-Kreises in 2015  
Drucksachen 2014-47-VSKA07.07. und 2014-31-VSKA12.05.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig bei 1 Enthaltung den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Kreistag stellt die Gewährung eines Gesellschafterdarlehens i.H.v. 500.000,-- EUR an die RMG im Jahr 2015 in Aussicht. Dieses Darlehen muss noch im Haushaltsplan 2015 veranschlagt werden.
2. Der Vertreter des Rems-Murr-Kreises in der Gesellschafterversammlung der Kreisbaugesellschaft wird beauftragt, dort für die Gewährung eines Gesellschafterdarlehens der Kreisbaugesellschaft in Höhe von 500.000,-- EUR an die RMG im Jahr 2015 zu stimmen.
3. Die Konditionen für diese Gesellschafterdarlehen werden kongruent mit einer 2 %igen nachschüssigen Verzinsung sowie der Endfälligkeit der Darlehen zum 31.01.2025 ausgestaltet.

Auszüge:

2 Kreisbaugruppe  
1 Rems-Murr-Kliniken  
2 Dezernat II

## § 5

### Erteilung von Weisungen an den Landrat für die Gesellschafterversammlungen der

#### a) - Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH

- Rems-Murr-Kreis Immobilien-Management GmbH

- Rems-Murr-Gesundheits GmbH & Co. KG

Drucksachen 2014-51a-KT21.07. und 2014-51-VSKA07.07.

#### b) Abfallwirtschaftsgesellschaft des Rems-Murr-Kreises mbH

Drucksachen 2014-63a-KT21.07. und 2014-63-UVA14.07.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig en bloc den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Weisung an den Vertreter des Landkreises in den Gesellschafterversammlungen entsprechend der in den Zusammenfassungen dargestellten Absicht in Drucksache 2014-51a-KT21.07. abzustimmen.

Weisung an den Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung entsprechend der Darstellung in der Drucksache 2014-63a-KT21.07. abzustimmen.

#### Auszüge:

3 Kreisbaugruppe

1 Abfallwirtschaftsgesellschaft

1 Dezernat II

**§ 6**

Kreistagswahl vom 25. Mai 2014; Hinderungsgründe nach § 24 der Landkreisordnung  
Drucksache 2014-64-KT21.07.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Kreistag stellt fest, dass bei Frau Eva Rombach ein Hinderungsgrund nach § 24 Abs. 1 Landkreisordnung für den Eintritt in den Kreistag vorliegt.
2. Der Kreistag stellt fest, dass für den Eintritt von Herrn Erich Wägner und der weiteren am 25. Mai 2014 gewählten 87 Kreisräte/innen, kein Hinderungsgrund nach § 24 Landkreisordnung vorliegt, das Mandat anzutreten.

Auszüge:

3 Kreistagsgeschäftsstelle

## § 7

### Bekanntgaben und Verschiedenes

1. Auf die im Sitzungssaal angeschlagene Bekanntgabe wird verwiesen:  
Herr Frank Geißler wird mit Wirkung vom 1. Juli 2014 zum Kreisabteilungsleiter befördert.
2. Unter „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.

## § 8

### Ehrung von Kreisräten für 30-jährige und 20-jährige ehrenamtliche Tätigkeit sowie Verabschiedung des Kreistags

### Ehrung von Kreisräten für 30-jährige und 20-jährige ehrenamtliche Tätigkeit sowie Verabschiedung des Kreistags

Landrat Fuchs spricht namens des Rems-Murr-Kreises, den Kreisräten Christa Elser, Bernd Brischke und Bodo Kern für ihre 30jährige Mitgliedschaft im Kreistag Dank und Anerkennung für ihr ehrenamtliches Engagement aus. Er ehrt außerdem die Kreisräte Sieglinde Schwarz, Alfred Bauer, Willi Halder, Jürgen Hestler, Wolfgang Kölz, Horst Metzger, Hermann Schöllkopf, Erich Theile, Karl-Otto Völker, Dr. Wolfgang Weigold und Prof. Dr. Fritz Weller für deren 20jährige Mitgliedschaft im Kreistag. Er überreicht ihnen die Urkunde sowie die Medaille des Landkreistags Baden-Württemberg in Silber und Bronze.

Landrat Fuchs führt zur Verabschiedung des Kreistags aus:

„Meine sehr verehrten Kreisrätinnen und Kreisräte, sehr geehrte Gäste,

#### **I. Einführung**

Eine spannende Amtsperiode liegt hinter uns! Wir haben Sie nicht geschont. Sie waren im Ehrenamt gefordert, mit Mut und Verantwortung Entscheidungen zu treffen. Sie haben für unseren Landkreis viel bewegt. Als Kreisrätinnen und Kreisräte haben Sie das hohe Gut der Kommunalen Selbstverwaltung mit Leben erfüllt, sich für das Wohl der Menschen eingesetzt und eine ausgewogenen und nachhaltige Entwicklung aller Kreisteile zum Maßstab Ihres Handelns gemacht.

#### **II. Arbeitsbilanz**

Die Bilanz kann sich meines Erachtens sehen lassen:

- 100 Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse,
- was hochgerechnet eine Gesamt-Sitzungsdauer von über 300 Stunden ergibt,
- wofür Ihnen insgesamt über fünf Tonnen Sitzungsunterlagen an die Hand gegeben wurden.

#### **III. Arbeitsthemen**

Erlauben Sie einige Schlaglichter auf die vergangenen fünf Jahre:

1) Gesundheitsversorgung

Dauerbrenner war die Neuordnung der Gesundheitsversorgung.

Dieses Kapitel wird uns weiterhin noch intensiv beschäftigen.

In einer gemeinsamen Offensive haben Kreis, Rems-Murr-Kliniken und Kreisbaugruppe in den Neubau eines Zentralversorgungs-Krankenhauses und in die Gesundheitszentren Schorndorf, Backnang und Winnenden rund 341 Mio. € investiert. All unsere Hoffnungen richten sich darauf, dass der neue Gesundheitscampus zu einer Erfolgsgeschichte werden möge. Wir bieten eine Medizinversorgung auf einem bisher im Kreis nicht gekannten Niveau.

Weitere Themenschwerpunkte waren die

2) Bildung

In Zeiten demographischen Umbruchs sind Bildung, Beruf und Nachwuchswachstum das magische Dreieck für die Zukunftsfähigkeit einer Metropolregion.

a) Schulentwicklungsplan

Angesichts eines prognostizierten Schülerrückgangs um 16,6 % in der Dekade bis 2020 wurden mit der fortgeschriebenen Schulentwicklungsplanung Leitplanken für die Standortsicherung unserer drei Berufsschulzentren verabschiedet.

b) Förderung Bildungsschwache

Unser Augenmerk ist auch auf bildungsschwache bzw. nicht bildungsreife Jugendliche gerichtet. Um sie „fit für's Leben zu machen“, sie dauerhaft vom Tropf der Sozialkassen abzukoppeln, hat der Verwaltungsausschuss der Teilnahme an dem Ausbildungs-Pilotprojekt „AV dual“ zugestimmt.

c) Bauliches

2 Mio. Euro wurden in den Neubau einer Mensa auf dem Berufsschulcampus Waiblingen investiert. Diese neue Drehscheibe für Begegnung und schulische Veranstaltungen findet großen Zuspruch.

Wie der Phönix aus der Asche erstand die durch einen verheerenden Brand geschädigte Fröbelschule in Fellbach.

3) Klimaschutz

Der Klimaschutz ist ein Schlüsselthema für zahlreiche Verantwortungsbereiche auf Kreisebene. Arbeitsgrundlage ist das 2012 verabschiedete Klimaschutzkonzept. Als Musterlandkreis wollen wir die jährlichen Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Emissionen von 7 Tonnen (2008) auf zukünftig 4,7 Tonnen (2025) senken. Der Landkreis selbst geht mit gutem Beispiel voran: Zahlreiche öffentliche Gebäude wurden mit 14,5 Mio. Euro (2009-2013) energetisch aufgerüstet.

Aus jährlich 37.500 Tonnen Grünabfällen werden seit Juli 2011 in der Biovergärungsanlage in Backnang-Neuschöntal Strom und Wärme gewonnen. Über 7 Millionen kWh Wärme wurden für die Klärschlamm-trocknung an die Stadt Backnang geliefert.

Eine 1,4 ha große Freiflächen-Fotovoltaikanlage konnte auf der Hausmülldeponie Kaisersbach-Lichte installiert werden.

Die Energieagentur Rems-Murr gGmbH hat seit dem Start 2009 über 2.300 kostenlose Bürgerberatungen durchgeführt. Seit Jahren ist das Landratsamt EMAS-zertifiziert. An dem Umweltmanagementsystem „Ecofit“ beteiligten sich 12 Wirtschaftsbetriebe. Die Maßnahmen haben jährlich über 1.800 Tonnen klimaschädliches CO<sub>2</sub> sowie fast 1 Million Euro Betriebskosten gespart.

Mit dem kreiseigenen Programm „Klimaschutz-plus 2013-2015“ wurden Projekte wie Klick, Flic, Bike & Work gestartet, sowie 3 Elektroautos und 6 Pedelecs für den eigenen Fuhrpark beschafft. Eine Koordinierungsstelle für Windkraft wurde eingerichtet, sowie ein neues Radwegekonzept auf den Weg gebracht

#### 4) Landschaftserhaltungsverband (LEV)

Als Beispiel interkommunaler Zusammenarbeit zur Pflege unserer Kultur-landschaft darf die 2012 vom Kreistag beschlossene Einrichtung eines Landschaftserhaltungsverbands Rems-Murr nicht unerwähnt bleiben. Es konnten Mittel zur Biotopfleger in unseren Gemeinden in Höhe von ca. 300.000 € generiert werden.

#### 5) Soziale Themen

Im Sozial- und Jugendhilfebereich sind wir dem Spagat zwischen gesetzlichem Hilfeanspruch und wirtschaftlicher Belastbarkeit der Sozialleistungsträger ausgesetzt.

Zusammen mit den Großen Kreisstädten wurde ein Sozialhilfegutachten von der KGST erarbeitet. Ziel war es, die Gründe für die wachsenden Sozial- und Jugendhilfeausgaben auf den Prüfstand zu stellen und Steuerungsmöglichkeiten zur Kostenversteigerung ausfindig zu machen.

2011 wurde ein Pflegestützpunkt zur Beratung bei der wohnortnahen Betreuung und Versorgung für Hilfesuchende eingerichtet.

Schließlich wurde das vom Bund eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket durch den Kreis umgesetzt und mit der Bildungskarte hierzu ein unkomplizierter Zugang ermöglicht.

Der 1. Teilbericht der Psychiatrieplanung zeigt gezielt Handlungsbedarfe bei der Versorgung von chronisch psychisch kranken Menschen auf.

Eine der größten aktuellen, humanitären, logistischen und auch finanziellen Herausforderung für Kreis und Kommunen stellt sicher die Unterbringung und Versorgung des ständig wachsenden Flüchtlingszustroms dar, wobei hier ein Ende nicht absehbar ist. Diese sensible Aufgabe kann nur im Schulterschluss mit den Gemeinden bewältigt werden.

#### 6) Kinder- und Jugendhilfe

Die Kinder- und Jugendhilfe steht immer mehr in der Mitte unserer Gesellschaft. Sie genießt hohe öffentliche Aufmerksamkeit.

Als weiterführende Reaktion auf das Maßnahmenpaket nach dem Amoklauf erfolgte ein intensiver Ausbau der Schulsozialarbeit. Erfolgreich waren wir auch in unserer Forderung einer erstmaligen Einrichtung einer kinder- und jugendpsychiatrischen Tagesklinik beim ZfP Winnenden.



Der am 1.8.2013 in Kraft getretene Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern unter drei Jahren wurde weitestgehend erfolgreich umgesetzt. Sechs Tageselternvereine, die die Tagespflege mit organisieren, werden vom Kreis auskömmlich unterstützt.

Die Einstellung eines kommunalen Suchthilfebeauftragten bot die Möglichkeit, zusammen mit unserem aktiven Suchhilfenetzwerk zielgerichtete Interventionsstrategien zu entwickeln.

## 7) Verkehr

### a) ÖPNV

Rückgrat der Mobilität in einem hochverdichteten Ballungsraum ist der Öffentliche Personennahverkehr. Der Kreis, als Verantwortlicher für Busbedienung in der Fläche, hat in den letzten Jahren zahlreiche Nachbesserungen in der Linienführung und Taktverdichtungen vorgenommen. Hierfür steht das neue Buskonzept in Winnenden, die Optimierung in den Bereichen Schorndorf-Rudersberg-Welzheim, Kernen-Fellbach, Schwaikheim-Korb sowie verkehrliche Verbesserungen bei der Wieslautalbahn.

Im Dezember 2012 nahm die S 4 ihren Betrieb auf der Tangentialverbindung Backnang/Marbach auf. Der behindertenfreundliche Umbau der S-Bahnhalte ist vorangekommen, von 13 im Kreis sind mittlerweile 10 barrierefrei.

Leider verkehren wir auf der Rems- und Murr-Schiene immer noch bis auf unbestimmte Zeit in Wagenmaterial aus der Nachkriegszeit.

### b) Straßen

Für den Erhalt und Ausbau von Kreisstraßen wurden in der vergangenen Amtsperiode rd. 16. Mio. € aufgebracht. Dazu zählt u.a. die Beseitigung des Bahnübergangs K1881 Urbach/ Schorndorf. Nach langen, mühsamen Verhandlungen konnte auch der für uns wichtige Bau des Anschlusses „B 14 Backnang-Mitte“ in Angriff genommen werden.

### 8) Haushalt

Gestartet sind wir in die letzte Amtsperiode 2009 auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise. Dies zwang den Rems-Murr-Kreis zur radikalen Haushaltskonsolidierung. Glücklicherweise ist die Konjunktur in Deutschland überraschend schnell wieder angesprungen.

Maßgebliches Ziel ist und bleibt, dass der Kreis mehr Schulden tilgt als neue Schulden aufzunehmen. Positiv ist, dass wir aktuell mit rd. 64 Mio. € deutlich unter dem für das Jahr 2012 prognostizierten Schuldenhöchststand von 85,2 Mio. € bleiben.

Vor uns liegen allerdings große haushaltswirtschaftliche Herausforderungen infolge des sich abzeichnenden enormen Klinik-Defizits, des hohen Aufwands für die Flüchtlingsunterbringung sowie Sozial- und Jugendhilfeleistungen.

### 9) Dank für ehrenamtlichen Einsatz

Das kurz skizzierte Arbeitspensum ist Indiz für ein außergewöhnliches Engagement unserer Mandatsträger. Ich danke Ihnen allen, für all die Zeit und das Herzblut, das Sie in diese ehrenamtliche Arbeit investiert haben. Es wurde Ihnen viel abverlangt, viel an Zeit, Entscheidungskraft, Stehvermögen und Mut.

Hierbei möchte ich in besonderer Weise denen danken, die dem neuen Kreistag nicht mehr angehören:

32 Ausscheidende Kreisräte

Es sind dies von der CDU-Fraktion:

Herr Ulrich Fabriz

Herr Günter Gfrörer

Herr Paul Hug

Herr Jürgen Kiesl

Herr Jürgen Oswald

Herr Dietmar Schaal

Frau Sieglinde Schwarz

Bei der SPD-Fraktion:

Frau Christa Elser

Herr Thomas Fokken

Frau Siglinde Forster

Frau Gislind Gruber-Seibold

Frau Ursula Kamps

Herr Rudi Oetinger

Frau Sonja Pauli

Herr Gerhard Röger

Herr Karl-Otto Völker

Herr Roland Wied

Von der FDP-FW-Fraktion:

Herr Klaus Abramzik

Herr Alfred Bauer

Herr Bernd Brischke

Herr Manfred Herdtle

Herr Walter Mast

Herr Karl-Heinz Payr

Von den Freien Wählern:

Frau Ursula Bodamer

Herr Jürgen Ellwanger

Herr Volker Escher

Herr Bodo Kern

Herr Norbert Wiedmann

Von Bündnis90/Die Grünen:

Frau Susanne Fauth-Rank

Von den Republikanern:

Herr Eberhard König

Von der ödp:

Herr Gerhard Geiger

Von den Linken:

Herr Dominik Rathgeb

Sie alle erhalten als Dankeschön für Ihr ehrenamtliches Engagement zum Ausscheiden aus dem Kreistag den Kunstdruck ‚Grenzstein‘ des Waiblinger Künstlers Gerhard Hezel. Eine Mitarbeiterin hält die Kunstdrucke im Foyer bereit. Bitte holen Sie sich Ihr Geschenk dort ab bevor Sie nach Hause gehen.“

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert